:antifaschistische nachrichten Nr. 20

g 3336 4.10.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Kray ist bunt“

Am 22. September gab es erste Protestaktionen gegen die NPD-Landeszentrale in Essen-Kray

Beunruhigt und empört hat viele Essener die Nachricht, dass die NPD ihre Landeszentrale nach Essen-Kray verlegt hat. Ihr früheres Domizil in Bochum-Wattenscheid musste die rechtsradikale Partei wegen Zahlungsunfähigkeit räumen. In der Marienstr. 66 a in Essen-Kray konnte sie nun mit einem langjährigen Mietvertrag „unterschlupfen“, nachdem das Bürohaus im Hinterhof von einem NPD-nahen Verein gekauft wurde.

„Kray ist bunt“, unter dieser Losung führte eine mit 120 Teilnehmer/innen gut besuchte Bürgerversammlung in der Ev. Gemeinde Essen-Kray am 19.9. verschiedenste Kräfte zusammen, die in der nächsten Zeit den Protest gegen die NPD-Landeszentrale organisieren wollen. An der Versammlung nahmen auch viele Anwohner/innen des Hinterhofes in der Marienstraße teil, die inzwischen eine eigene Anwohne/innen-Initiative gegründet haben.

Eine erste Aktion gegen die NPD-Landeszentrale war die von der Antifa Z für Samstag, 22.9., angemeldete Demonstration von Steele nach Kray. Die Polizei ließ sie über eine Stunde nicht losgehen wegen eines kleinlichen Streits um Vermummung. Die Polizei-Einsatzleitung bestand darauf, dass Demo-Teilnehmer/innen in den vorderen Reihen ihre Sonnenbrillen ablegten und Kapuzen abnahmen. Los ging es erst, nachdem sich etliche andere Teilnehmer/innen einmischten, darunter Ratsmitglieder von SPD, Grünen und DIE LINKE.

Doch auf der Krayer Straße stoppte die Polizeieinsatzleitung die Demo erneut. Obwohl auch Journalisten der WAZ und anderer Medien keine Probleme und keine feindselige oder gewaltgeladene Atmosphäre feststellen konnten, machte die Polizei erneut Sonnenbrillen und zu hoch gehaltene Transparente zum Problem. Der Streit darum führte fast zur Auflösung der Demonstration, einige Teilnehmer gingen bereits. In dieser Situation meldete Wolfgang Freye, Essener Ratsmitglied für DIE LINKE, eine neue Demonstration an. Nach heftiger Diskussion mit der Polizei – die Polizei bestand z. B. zunächst auf einem ausgefüllten Anmeldeformular, das sie dann nicht finden konnte, und wollte den „Schwarzen Block“ von der neuen Demonstration fernhalten – ging es mit allen, die wollten mit antifaschistischen Parolen bunt weiter Richtung Marienstraße. Die Demonstration stieß auf viel Interesse. Immer wieder gab es offene Fenster, aus denen Anwohner/innen guckten und sich informierten.

An der mit bunten Pace-Fahnen, Luftballons und Transparenten geschmückten Marienstraße warteten viele Anwohnerinnen und Anwohner. Es wäre ein ganz schlechtes Omen gewesen, wenn die Demonstration hier nicht angekommen wäre. Vertreter von DIDF, SPD, Grünen, DIE LINKE, Linksjugend und der AStA-Vorsitzende sprachen auf der improvisierten Kundgebung, so dass der Tag doch noch ein gelungener Auftakt war. Die Forderung, gerade angesichts der nachweisbaren Verbindungen der NPD zur terroristischen NSU und zu militanten Nazi-Kameradschaften einen neuen Verbotsantrag zu stellen, fand viel Unterstützung. Insgesamt machten die Redner/innen deutlich, dass es darum gehen muss, in Kray ein Klima zu schaffen, in dem die NPD und andere Nazis keinen Raum finden.

Letzteres war auch eine wichtige Aussage des Ev. Gemeindefestes am nächsten Tag, am 23.9.2012. Die Ev. Gemeinde wird bald zu einer nächsten Bürgerversammlung einladen, um weitere Aktionen zu planen.

Wolfgang Freye ■

Spendet für die Antifaschistischen Nachrichten
Spendenstand, 1.10.2012:
750,– Euro
BLZ: 370 100 50, Postbank Köln
Kto: 104 19 507

Umstrittene Neugründung

Remscheid. In Remscheid ist Mitte September der „Ring freiheitlicher Jugend Deutschlands“ (RFJ) gegründet worden. Der sich als „überparteilich“ bezeichnende Jugendverband will die „Einigung des freiheitlichen und islamkritischen Spektrums“ forcieren, so der RFJ-Vorsitzende Tony-Xaver Fiedler, zugleich Jugendbeauftragter von „Pro NRW“.

Unter den Gründungsmitgliedern finden sich Angehörige einschlägig rechter Gruppierungen. Dem in Remscheid gewählten Vorstand gehören neben Akteuren der „Pro“-Parteien auch Mitglieder der „Republikanischen Jugend“, der „German Defence League“ und der Partei „Die Freiheit“ an. Anlässlich der Gründung wurde das neue Jugendmagazin des RFJ vorgestellt, das unter dem Namen „Objektiv“ nun im Rheinland, dem Ruhrgebiet, dem Rhein-Main-Gebiet, im Raum Hannover sowie in Berlin verbreitet werden soll. Die „Pro“-Bewegung hatte schon in der Vergangenheit ein Jugendmagazin unter diesem Namen herausgegeben. Zudem gibt es in Österreich bereits einen „Ring Freiheitlicher Jugend“, der der FPÖ nahe steht. Während die Gründung des RFJ von den Anhängern der rassistischen Internetseite „PI-News“ überwiegend begrüßt wird, geht der Bundesvorstand von „Die Freiheit“ auf Distanz. Auf seiner Sitzung am 18.9. sei noch einmal einstimmig beschlossen worden, dass eine Mitgliedschaft bei „Die Freiheit“ mit einer Zusammenarbeit mit „Pro“ nicht vereinbar sei. Es gebe mit „Pro“ nur wenig Gemeinsamkeiten, und für deren Verortung in der extremen Rechten sei diese selbst verantwortlich. „Die Freiheit“ werde jede Zusammenarbeit mit „Pro“ mit einem Parteiausschlussverfahren ahnden.

hma ■

Verbot gefordert

Österreich/Klagenfurt. Nachdem Mitte September etwa 400 Personen am alljährlichen Treffen der „Ulrichsberggemeinschaft“ in Kärnten teilgenommen hatten, werden die Forderungen nach einem Verbot der Veranstaltung lauter. So empörte sich die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Bayr darüber, dass in Österreich noch immer Veranstaltungen mit öffentlichen Geldern subventioniert würden, bei denen ehemalige SS-Männer auftreten. Es sei höchste Zeit, einen Schlussstrich unter diese Veranstaltung zu ziehen, auf der sich alte und junge Nazis mit ihrem ewig gestrigen Gedankengut öffentlich zur Schau stellen. Auch bei den österreichischen „Grünen“ mehren sich die Stimmen für ein Verbot. Für Hermann Kandussi, Vorsitzender der „Ulrichsberggemeinschaft“, deren Treffen auch in der „Deutschen Nationalzeitung“ beworben wurde, sind die Veteranen der Waffen-SS hingegen „Soldaten wie alle anderen auch“. *hma* ■

NPD-Landesparteitag in Duisburg

Duisburg. Der Landesverband NRW der neofaschistischen NPD hat am 23. September seinen 40. Landesparteitag in Duisburg durchgeführt. Im Rechenschaftsbericht von Claus Cremer, dem Landesvorsitzenden der NPD, wurde deutlich, dass sich der Landesverband in den letzten beiden Jahren im Wesentlichen mit Wahlkämpfen, mit „zum Teil im „Verborgenen“ geführten infrastrukturellen Arbeiten“ und mit dem Umzug der Landesgeschäftsstelle nach Essen beschäftigt hatte. Dabei seien, so Cremer, der Strukturaufbau in den sog. „weißen Kreisen“ und die Schulungsarbeit vernachlässigt worden. Mit Blick auf die kommenden Wahlen will die NPD ihre Anti-EU-Kampagne auch in NRW intensiv fortführen. Bei den Wahlen zum Landesvorstand wurde Cremer erneut wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Stephan Haase und Timo Pradel (beide Märkischer Kreis) sowie Ariane Meise (Rhein-Sieg-Kreis) gewählt. Neu im Landesvorstand sind Nadine Braun (Düsseldorf/ Mettmann), Ivonne Weber (HSK), Marcel Haliti (Essen), Philippe Bodewig (Krefeld) und Hans-Jochen Voß (Unna). Als Gastredner sprach NPD-Parteivorsitzender Holger Apfel. *hma* ■

Unterschriftenkampagne zum NPD Verbot gestartet

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts startet eine Unterschriftenkampagne zum NPD Verbot und zur Durchsetzung des Verbots, das Ende August gegen drei Nazi-Kameradschaften in NRW ausgesprochen wurde. Auch die neue Formation „Rechte“ des Ch. Worch soll als Nachfolgeorganisation nicht zugelassen werden. Die Presseerklärung des Bündnisses wurde in der Westfälischen Rundschau stark beachtet.

Noch immer gehen beim Bündnis Dortmund gegen Rechts volle Unterschriftenlisten zum Verbot des Naziaufmarsches am Antikriegstag ein. Der war in diesem Jahr endlich NAZIFREI dank des Vorgehens des Innenministers und des Polizeipräsidenten gegen den „Nationalen Widerstand“. Einen erheblichen Teil zum Umdenken in der Verbotsfrage trug allerdings auch der vielseitige Protest der Dortmunder/innen bei, mit tausenden Unterschriften, mit Leserbriefen und eindeutigen Verbotsforderungen. Die Dortmunder Öffentlichkeit war sich einig im breiten Widerstand gegen den jahrelang geduldeten Naziterror.

„Die Unterschriften, die jetzt immer noch bei uns ankommen, zielen auch auf das Verbot künftiger Naziaufmärsche ab“, so Ulla Richter, „Die Nazis und ihre Ideologie sind ja mit dem einmal ausgesprochenen Verbot nicht verschwunden. Schon jetzt wird deutlich, dass sie bei ihren engsten Verbündeten, der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationalisten Unterschlupf suchen.“ Außerdem gründeten sie einen Landesverband einer Partei „Die Rechten“ des vielfach vorbestraften Christian Worch, der offenbar als Nachfolgeorganisation gedacht ist. Wir fordern den Innenminister auf, dieses durchsichtige Unternehmen zu stoppen und zu verbieten.

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts legt sein Hauptaugenmerk jetzt auf die NPD und setzt seine Unterschriftenkampagne mit der Forderung nach dem Verbot dieser Nazipartei fort. Durch das Parteienstatut geschützt und finanziert, verbreitet sie ihre verbrecherische Ideologie in Stadt und Land. Das NPD-Verbot ist ein äußerst wichtiges Instrument im Kampf gegen Rechts und gehört auf die Agenda aller Demokrat/innen und Antifaschist/innen.

Das Bündnis unterstützt damit den bundesweiten Aufruf der VVN/BdA „NPD-Verbot jetzt!“

Die Unterschriftenlisten können von der homepage des Bündnis heruntergeladen werden. Ausgefüllte Listen gehen an das Postfach Nr. 100616 in 44006 Dortmund. *http://dortmundgegenrechts.wordpress.com* ■

NPD Flugblätter gegen Flüchtlinge

Wolgast. Anfang letzter Woche verteilte die NPD Flugblätter gegen das neue Flüchtlingsheim in Wolgast Nord. Aufkleber und Plakate mit rassistischen Parolen finden sich in der gesamten Umgebung, rechte Graffitis am Flüchtlingsheim tauchten auf und die NPD organisierte eine Kundgebung vor dem Neubaublock, in dem mittlerweile die ersten 24 Flüchtlinge eingezogen sind. Ein Panorama-Beitrag zeigt eindrücklich, wie die Situation in Wolgast aktuell ist (http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/wolgast115.html). Trotz der angespannten Lage konnten die Flüchtlinge bereits erste Kontakte mit Menschen knüpfen, die ihnen wohlgesonnen sind. (http://antirahgw.noblogs.org/post/2012/09/24/wolgast-19-09-2012-der-kontakt-ist-geknupft/).

Anfang der Woche verteilten NPD-Aktivist_Innen Flugblätter, in denen sie erneut gegen die Flüchtlinge hetzen und gleichzeitig einen Zusammenhang mit der ungewissen Zukunft der Werften in Wolgast und Vorpommern herzustellen

versuchen. Erneut wurde von angeblichen Luxus Unterkünften für die Flüchtlinge gesprochen. „Asylanten aufzunehmen und durchzufüttern ist ein Luxus, den man sich leisten können muß (sic!). Vorpommern kann sich das nicht leisten!“ heißt es unter anderem kaum verhohlen in dem Flugblatt. Nicht vergleichbare Zahlen werden nebeneinander gestellt, um die vermeintliche Ungerechtigkeit und angebliche Vorzugsbehandlung der Flüchtlinge zu beweisen.

Wieder einmal versucht die NPD soziale Ängste der Menschen für ihre rassistische Ideologie zu missbrauchen. Dabei reichen oft schon Kleinigkeiten wie die standardmäßige Renovierung von Wohnungen, bevor neue Menschen einziehen, um die Bevölkerung aufzustacheln. Echte Antworten auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme kann die NPD nach wie vor nicht liefern. Ihre propagierte „Volksgemeinschaft“ setzt auf Ausgrenzung statt Miteinander und ist deshalb untauglich, um die Missstände in diesem Land nachhaltig zu beheben.

http://ino.blogsport.de/ ■

Wasser predigen und Wein trinken – Neues von Pro Köln

Köln. Eigentlich möchten die RassistInnen von Pro Köln ja gerne in der Öffentlichkeit stehen, was sie mit ihren peinlichen Aufmärschen immer wieder versuchen.

Derzeit ist es ihnen aber vermutlich eher unangenehm, dass man sich zur Zeit in den Zeitungen täglich über die neuesten Ausfälle der rechten Gruppe informieren kann.

Auf der letzten Ratssitzung beantragte Pro Köln, dass alle anstehenden Wahlen in geheimer Abstimmung durchgeführt werden sollten – auch Wahlen für Ausschüsse, in denen die Wahlen eigentlich reine Formsache sind, weil beispielsweise das Vorschlagsrecht nur bei einer Fraktion liegt. Da eine geheime Wahl jedoch sehr viel länger dauert, musste für die Wahlen eine Sondersitzung des Stadtrates beschlossen werden. Diese kostet etwa 10000 Euro.

In puncto Sondersitzungen ist Pro Köln quasi Wiederholungstäter: Die Sondersitzung am 26.9.2012 ist bereits die neunte, die Pro Köln verursacht – in den Jahren zuvor auch oft in der Sommerpause. Das sind Kosten von bis zu 90000 Euro, die diese unnötigen Sitzungen verursachen. Da erscheint es mehr als lächerlich, wenn sich die braune Truppe als „Anwalt des kleinen Mannes“ inszeniert und von Steuergeldverschwendungen schwadroniert.

Markus Beisicht wurde indes zu einer Geldstrafe von 2000 Euro verurteilt, weil er am Rande des Pro-Aufmarsches gegen das Autonome Zentrum (AZ) in Köln-Kalk im November 2011 den grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck beleidigt hatte, indem er ihn mit den Nationalsozialisten verglichen hatte. Natürlich kündigt Pro Köln auf der Homepage großspurig an, Beisicht werde in diesem Fall in Berufung gehen und notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

2500 Euro muss Jörg Uckermann zahlen – für die selbe Tat: Auch er hatte auf der selben Kundgebung Volker Beck unter Anderem als „Müsli-Nazi“ bezeichnet – eine Äußerung, die kennzeichnend ist für das Niveau, auf dem ein Herr Uckermann „argumentiert“. Diese Verurteilung ist nicht seine erste: Er ist unter Anderem wegen Körperverletzung vorbestraft. Und sie wird möglicherweise nicht die letzte sein: So steht Uckermann derzeit wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Geldwäsche im Fokus der Justiz. Er soll gemeinsam mit seinem Bruder Betrugsdelikte begangen haben, in denen es um hohe Geldbeträge geht.

Wäre Uckermann immer noch in der CDU, würde Markus Beisicht wohl kaum von „Rufmord“ sprechen, wie er das jetzt tut. Er würde in altbekannter Manier über Klüngel und Altparteien schimpfen. Hätte Uckermann gar Migrationshintergrund, würde Beisicht ihn wohl „Intensivtäter“ nennen und seine Abschiebung fordern.

Auf jeden Fall passt ein solch beachtlicher Vorstrafenkatalog so ganz und gar nicht zum sauberen Image, das sich Pro Köln so gerne geben will. Es stellt sich aber die Frage, ob ihnen dieses Image überhaupt noch irgendjemand ernsthaft abkauft. Manchmal fragt man sich sogar, ob Beisicht und Uckermann eigentlich selbst glauben, was sie da so von sich geben.

jk ■

Engel am Hindukusch

Berlin/Gummersbach. An der Gemeinschaftsgrundschule Gummersbach-Bernberg macht sich eine Lehrerin mit dem Projekt „Engel für Afghanistan“ darum verdient, bereits GrundschülerInnen in die nationale Pflicht zu nehmen: Die Kinder werden jeden Morgen dazu angehalten, für das Wohlergehen der deutschen Krieger am Hindukusch zu beten, sie basteln diesen „Schutzengel“ und malen bunte Bilderchen. Das war mir Anlass, mich mit einer Kleinen Anfrage nach der Haltung der Bundesregierung hierzu zu erkundigen.

Sowohl bei Regierung als auch Truppe kommt das Projekt denkbar gut an. Das ist auch kein Wunder: Nur kleinen, noch leicht beeinflussbaren Kindern kann man weismachen, dass „unsere Soldaten“ in Afghanistan Gutes täten. Davon, dass die Truppe afghanische Kinder bombardiert, wissen sie noch nichts. Als handle es sich um eine freie Entscheidung mündiger Staatsbürger, führt die Bundesregierung aus, die mit dem Projekt „dokumentierte menschliche Solidarität, die sich unter anderem auch an unsere Soldatinnen und Soldaten richtet, zeigt, dass bereits junge Menschen Mitgefühl empfinden und demonstrativ ausdrücken können.“

Aber was fangen eigentlich SoldatInnen, die nicht an Engel glauben, mit dem Bastelwerk an? Oder gar SoldatInnen, in deren Religion andere Wesen, aber nun grade keine Engel, vorkommen. Oder SoldatInnen, die es eher mit gefallenen als mit Schutz-Engeln haben?

Darauf gibt es keine befriedigende Antwort: „Die Einstellung von Soldatinnen und Soldaten zu Engeln ist nicht von dienstlichem Erkenntnisinteresse und wird daher nicht abgefragt“, so die Bundesregierung. Ob Atheisten und Angehörige nicht-monotheistischer Religionsgemeinschaften sich von Engeln schützen lassen wollten, müssten diese als mündige Staatsbürger selbst entscheiden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Falken in Berlin-Britz brauchen Sicherheitszaun

Das Kinder- und Jugendzentrum der Falken im Berliner Stadtteil Britz – Anton-Schmaus-Haus (ASH) – wurde im Jahr 2011 zwei Mal Ziel von Nazis mit Brandsätzen angegriffen und teilweise zerstört (wir berichteten).

Nach monatelanger Schließung und Wiederaufbau treffen sich die Kinder- und Jugendgruppen seit dem 1. Mai 2012 wieder im ASH. Bis Ende des Jahres müssen Haus und Gelände aber wirkungsvoll vor neuen Anschlägen geschützt werden, sonst entfällt der Versicherungsschutz. Nötig ist dafür ein über 190 Meter langer sicherer Zaun. Da die Falken die Kosten von rund 100.000 Euro nicht selbst aufbringen können, haben sie eine Spendenaktion gestartet: Ein Zentimeter Zaun für fünf Euro. Anfang September war es geschafft. Der Zaun – das „Bollwerk gegen Nazis“ – kann finanziert werden.

Die Spendenaktion geht aber bis Ende des Jahres weiter, da noch diverse Folgekosten der Anschläge beglichen werden müssen. Einige haben übrigens ihre Spende ohne Zweckbindung überwiesen, damit die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen weitergeführt werden kann, die natürlich in Folge der Anschläge gelitten hatte.

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ verurteilt die Anschläge auf das schärfste und unterstützt die Spendenaktion.

Unter http://www.gelbehand.de/beitrag.html?id=8472 ist das Spendenkonto zu finden.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt September 2012“ 19.9.12 ■

Zug der Erinnerung in der Südpfalz

RHEINLAND-PFALZ. In der Südpfalz bereiten sich Organisatoren an fünf Haltestationen auf die Ankunft der Ausstellungswagen des „Zug der Erinnerung“ mit Biographien der deportierten Kinder und Jugendlichen vor. Der Zug erwartet den Besuch tausender Schüler - aber auch die Anteilnahme der regionalen Bürgerschaft. Insbesondere an den Nachmittagen (bis 19 Uhr) und Wochenenden steht die Ausstellung für Einzelbesucher kostenlos offen.

Landau: Sonntag, 14.10. / Montag, 15.10. - Dienstag, 16.10.2012
Germersheim: Mittwoch, 17.10. - Donnerstag, 18.10.2012
Schifferstadt: Freitag, 19.10. - Samstag, 20.10.2012
Neustadt: Montag, 22.10. - Mittwoch, 24.10.2012
Haßloch: Donnerstag, 25.10. - Samstag, 27.10.2012
Pirmasens: Montag, 29.10. - Mittwoch, 31.10.2012

www.zug-der-erinnerung.eu ■

NSU-Untersuchungsausschuss Sachsen:

Vorgänge um Neonazi-Spitzel Thomas S. immer dubioser

Gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ vom 24.9. hat das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz faktisch eingestanden, man habe versucht, ein „Informationsgespräch“ mit Thomas S. zu führen. Dazu Kerstin Köditz, Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission in Sachsen:

„Entgegen bisheriger Darstellungen des Geheimdienstes hat dieser sehr wohl versucht, zu dem heutigen Beschuldigten im NSU-Verfahren Thomas S. Kontakt aufzunehmen und ihn deshalb in seiner Dresdner Wohnung aufgesucht. Angeblich sei lediglich ein „einmaliges Informationsgespräch“ geplant gewesen. Wer die Methoden der Anwerbung von V-Leuten kennt, der weiß, dass solche Informationsgespräche stets am Anfang einer Anwerbung stehen. Im Prinzip bestätigt damit das LfV die Aussage von Thomas S., dass der sächsische Geheimdienst versucht habe, ihn als V-Mann zu rekrutieren.

Dieser Vorgang ist der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) verschwiegen worden, obwohl nach den geheimdienstlichen Aktivitäten und operativen Maßnahmen im Kontaktumfeld des NSU gefragt worden war.

Ich stelle aber außerdem fest, dass das LfV in diesem Zusammenhang dem Bundeskriminalamt nicht die Wahrheit gesagt hat. Mir liegt ein Schreiben vom 24. November 2011 vor, in dem Personen aus dem Umfeld des NSU aufgelistet werden, die „in der Vergangenheit durch das LfV Sachsen kontaktiert wurden“. Der Name Thomas S. fehlt auf dieser sieben Namen zählenden Liste. Auch ein einziges Gespräch ist aber fraglos bereits eine solche Kontaktaufnahme. Ich erwarte, dass in der nächsten regulären Sitzung der PKK diese Widersprüche restlos aufgeklärt werden. Die Forderung nach Aufdeckung aller Klarnamen des LfV in der militanten Neonazi-Szene besteht weiterhin.

Es ist nicht hinnehmbar, dass das Kontrollgremium des Landesamtes durch dessen Spitze immer wieder an der Nase herumgeführt wird.“ *Kerstin Köditz, MdL DIE LINKE. Sachsen* ■

Für eine unabhängige Beobachtungsstelle “NSU-watch:

Aufklären und Einmischen”!

Die rassistische Mordserie des National-sozialistischen Untergrunds (NSU) markiert eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Nur eine aufmerksame Öffentlichkeit kann – parallel zu den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und den Recherchen von Journalist_innen – den Druck erzeugen, der notwendig ist für eine wirklich umfassende Aufklärung.

Denn schon jetzt ist deutlich, dass Behörden aller involvierten Bundesländer und des Bundes ihnen vorliegende Informationen so lange wie möglich unter Verschluss halten – wenn sie sie nicht ohnehin vernichtet haben.

Und nur eine informierte Öffentlichkeit kann dann auch, wenn notwendig, intervenieren: durch außerparlamentarische und gegebenenfalls parlamentarische oder strafrechtliche Initiativen.

Ein Dutzend antifaschistische Projekte aus Ost- und Westdeutschland haben daher die Initiative ergriffen, um zur Gründung einer unabhängigen Beobachtungsstelle „NSU-watch: Aufklären und Einmischen” aufzurufen. In der Beobachtungsstelle bündeln die Projekte u.a. ihr Wissen, ihre Recherchen und koordinieren die anfallende Arbeit. Die Beobachtungsstelle soll vorerst beim Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) angesiedelt werden. Mittelfristig soll die Arbeit der Beobachtungsstelle von einem Netzwerk unabhängiger antifaschistischer, antirassistischer sowie menschenrechts- und bürgerrechtspolitischer Initiativen und Institutionen getragen werden. Die Beobachtungsstelle hat folgende Aufgaben:

- die Begleitung, unabhängige Dokumentation und Bewertung der Arbeit der vier parlamentarischen Untersuchungsausschüsse im Bundestag, dem Landtag

→

V-Leute-System wird immer mehr zum Sicherheitsrisiko

Zeugenvernehmungen des NSU-Ausschusses mit Bouffier u.a.

Auch in der Woche 24.-28. September hatte der NSU-Untersuchungsausschuss zwei Tage mit Zeugenvernehmungen angesetzt. Dominierend in der öffentlichen Wahrnehmung war aber der bis heute nicht bestätigte Hinweis, mit Ralf Wohlleben könnte einer der engsten Unterstützer des Terrortrios als V-Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet haben. Der Ausschuss wird der Klärung dieses Verdachts weiter nachgehen.

Mit der Vernehmung des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier am Freitag rückte die Frage noch einmal ins Zentrum, ob der Schutz von V-Leuten der Dienste, also z. B. von bezahlten Nazispitzeln, höher anzusiedeln ist als die Aufklärung einer Mordserie. Genau diese Entscheidung hatte Bouffier im Zusammenhang mit dem Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel getroffen.

Ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) in Hessen, Andreas T., war am Tatort gewesen, hatte sich nicht als Zeuge gemeldet und war von der Polizei kurzzeitig als möglicher Täter verdächtigt worden. Seine Telefonate mit einer von ihm geführten V-Person aus der rechten Szene am Tattag spielten für die Polizei eine besondere Rolle. Genauso seine sonstigen Kontakte mit den von ihm geführten V-Leuten. Jedoch verweigerte das LfV die Vernehmung der V-Leute durch die Polizei und zwar mit dem Hinweis, dass dadurch deren Anonymität und damit schlussendlich auch die Sicherheit des Landes gefährdet gewesen seien.

Quellenschutz vor Opferschutz – zynisch gegenüber den Opfern

Bouffier verwies in seiner Vernehmung immer wieder auf die von T. geführten V-Leute aus dem Bereich Islamismus. Dem Ausschuss gelang es nicht, dem damaligen Innenminister Bouffier ein rechtlich falsches Verhalten in dieser Abwägungsfrage – V-Leute Schutz und Aufklärung einer Mordserie – nachzuweisen. Doch genau hier liegt das Problem. Wenn das rechtlich abgesicherte System der V-Leute dazu führt, dass auch in einer Serie mit neun Morden rechtlich völlig korrekt gegen die Mordermittlungen entschieden werden kann, dann gilt es dieses V-Leute-System generell in Frage zu stellen. Auch nach dieser Vernehmung zeigte sich einmal mehr, dass die V-Leute und die mit ihnen verbundene Politik der Geheimhaltung selbst ein Sicherheitsrisiko ist, das es politisch zu beseitigen gilt. „Quellenschutz vor Opferschutz. Das mag Geheimdienstlogik sein, aber es bleibt zynisch gegenüber den Opfern“, so Petra Pau.

Am Donnerstag ging es zunächst noch einmal um die Bombenanschläge in Köln und die Rolle des Verfassungsschutzes in NRW. Dessen ehemaliger Präsident Möller war als Zeuge geladen. Nirgendwo sonst als beim Anschlag in der Keupstraße waren die Anzeichen für einen rechten Anschlag so deutlich. Eine Bombe in einer vor allem von Türken bewohnten Straße. Dennoch ermittelt die Polizei vor allem in Richtung Organisierte Kriminalität oder vermutete einen Anschlag von Kurden. Obwohl von Seiten des Verfassungsschutzes (BfV) die Blaupause des Anschlages völlig richtig in den Anleitungen von Combat 18 und anderen militanten Nazistrukturen ausgemacht wurde, fanden diese Erkenntnisse keinen Eingang in die konkreten Ermittlungen der Polizei. Zwei Dossiers des Bundesamtes zum Thema Militanz von rechts aus der Zeit des Anschlages weisen eindeutig in Richtung rechter Täter, sogar die Namen Böhnhardt und Mundlos tauchen in einem dieser Papiere auf, da sie ja genau wegen Sprengstoffdelikten gesucht wurden.

Schily schloss rechtsextremen Hintergrund voreilig aus

Nur leider, so musste der Ausschuss feststellen, gelangte dieses theoretische Wissen der Dienste nie zu den Ermittlern, bzw. wurde dort nicht zur Kenntnis genommen. „Wenn man das BfV-Papier zu Combat 18 liest, konnte man eigentlich keinen Tag länger in Richtung Organisierte Kriminalität ermitteln“, so das Fazit des Obmanns der CDU Binninger. Auch LfV-Präsident Möller hatte keine Erklärung dafür, warum noch am Abend des Anschlags vom damaligen Innenminister Schily ein rechtsextremer Hintergrund ausgeschlossen wurde: „Ich weiß nicht, woher er das Wissen hatte“, so seine Aussage.

Alle neun rassistischen Morde des NSU wurden mit derselben Waffe, einer Ceska, begangen. Die Spur dieser Waffe stand im Mittelpunkt der Zeugenbefragung am Nachmittag. Nachdem im Jahr 2006 endlich ermittelt werden konnte, dass es sich um eine Waffe mit Schalldämpfer handelte, konnte die Zahl der infrage kommenden Waffen stark reduziert und schließlich auf wenige Waffen aus der Schweiz eingegrenzt werden. Dennoch gelang es nicht, die Spur von hier nach Deutschland und zu den Nazis weiterzuverfolgen. Deutlich wurde auch hier, wie sehr die Vorannahmen der Polizei die Ermittlungen beeinflussten. So wurde bei der Suche nach den Käufern der zunächst vom NSU verwendeten seltenen Munition vor allem nach türkischen Käufern gefahndet. Die Täter wurden ja im Umkreis der Opfer vermutet. Die 2006 erstellte Analyse, nach der der Täter auch eine rassistischen und rechten Hintergrund haben könnte, spielten für die Ermittlungen zur Waffe nie eine Rolle und wurden dort auch nicht ernst genommen.

Der Ausschuss setzt seine Befragungen am 18. Oktober mit Zeugen aus dem Bundesinnenministerium und zur Frage der Aktenschredderungen durch das BfV fort. *28.9.2012, Fraktion DIE LINKE*
Gerd Wiegel ■

→ des Freistaats Thüringen, dem Landtag des Freistaats Sachsen und dem Landtag des Freistaats Bayern.

- die Begleitung, unabhängige Dokumentation und Bewertung der Strafverfahren gegen das Netzwerk der mutmaßlichen NSU-UnterstützerInnen und Mitglieder
- unabhängige und unterstützende Recherche rings um die unterschiedlichen Komplexe der NSU-Mordserie
- Öffentlichkeitsarbeit zu den oben genannten Bereichen.

Angesichts des knappen Zeitfensters, der ungeheuren Materialmengen und der Verantwortung, die die deutsche Zivilgesellschaft dafür trägt, dass tatsächlich eine unabhängige Aufklärung stattfindet, bitten wir Sie und Euch um solidarische Unterstützung der unabhängigen Beobachtungsstelle „NSU-watch: Aufklären und Einmischen“. Wir brauchen eure Spenden für eine kritische Öffentlichkeitsarbeit, eine unabhängige Begleitung und eine fundierte Bewertung der NSU-Untersuchungsausschüsse und der anstehenden Prozesse.

Spendet auf das folgende Konto:

Kontoinhaber apabiz e.V.,
Kontonummer 3320803, BLZ 10020500,
Bank für Sozialwirtschaft, Verwendungszweck: Beobachtung, BIC:
BFSWDE33BER, IBAN: DE46 1002
0500 0003 3208 03

Die Spenden sind steuerlich absetzbar.
. ■

Blockadetraining war rechtmäßig

Gericht weist Verfügungen der Aachener Polizei gegen Antifaschisten zurück

Am 18. September musste das Oberverwaltungsgericht Münster in einer Berufungsverhandlung klären, wie Auflagen der Polizeibehörde, die das Recht auf freie Meinungsäußerung diskriminieren, zu werten sind. Das Gericht hat die Rechtsauffassung der Polizei und des Verwaltungsgerichtes Aachen vollumfänglich verworfen und dem Kläger Recht gegeben. Demnach ist es zulässig, sich mit symbolischen, szenischen und mimischen Einüben von Blockaden von Naziveranstaltungen in die gesellschaftlichen Debatten um das Auftreten von Neonazis einzumischen. Die vom Kläger Udo Beitzel beanstandeten Auflagen der Polizei sind sämtlich zurückgewiesen, Revision gegen das Urteil ist nicht zugelassen, alle Kosten aller bisherigen Verfahren trägt das Land NRW.

Im Mittelpunkt standen die Erfahrungen der letzten Jahre: Zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung habe das Bundesverfassungsgericht mehr als einmal „die Straße freigemacht für Neonazis“, so der Präsident des 5. Senats des OVG Münster. In dem vorliegenden Fall müsse dieses Recht auch Bürgern zugebilligt werden, die in einem als symbolisch zu betrachtenden Blockadetraining das Recht beanspruchen, in der Öffentlichkeit gegen Neonazis aufzutreten. Für den Beklagten führte RegierungsOberamtsrat Nürnberger aus, das Urteil tue ihm im Herzen nicht weh. Tatsächlich kreisten seine Ausführungen aber ausschließlich um die Unterstellung, Antifaschisten neigen prinzipiell und aufgrund ihrer Nähe zu „Autonomen“ zu Gewalt, womit er grundrechtseinschränkende Auflagen begründete.

Im April 2011 waren in Stolberg zwei Naziaufmärsche angesagt. Ein breites regionales Bündnis hatte seinerzeit darauf verwiesen, dass aus der Naziszene zahlreiche Übergriffe, Körperverletzungen und Angriffe auf Orte, in denen Nazis GegnerInnen vermuten, stattgefunden hatten. Und zwei Aachener Neonazis waren damals der Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen angeklagt, die zwischenzeitlich verurteilt wurden. Angesichts der realen Bedrohungslage durch Neonazis rief das Bündnis dazu auf, die Naziveranstaltungen zu blockieren: Stolberg 2011 – Den Naziaufmarsch gemeinsam blockieren!

Für dieses „Bündnis gegen die Naziaufmärsche 2011 in Stolberg (Rhld.)“ hatte Udo Beitzel (VVN Aachen/Stolberg) für den 5. Februar 2011 ein Blockadetraining in Stolberg angemeldet, das die Polizei als Ordnungsbehörde mit diskriminierenden Auflagen belegt hatte. Das „Blockadetraining“ als symbolischer Akt der Meinungsäußerung durfte nicht stattfinden, obwohl von diesem Training niemandem Gefahr drohte und ein Eingriff in die Grundrechte Dritter nicht zu befürchten war. Die Naziaufmärsche sollte ja erst zwei Monate später stattfinden!

Zugleich verpflichtete die Polizei den Versammlungsleiter Beitzel, Ordner zur Durchsetzung dieser Auflagen einzusetzen und deren Personalien und die der anderen Beteiligten vorab der Polizei zu melden.

Mit anderen Worten: Die Polizei zensierte die öffentliche Veranstaltung und wollte die Zensur durch die Veranstalter selbst durchsetzen lassen.

Damit ist die Polizei in Münster nun krachend gescheitert! Die Unterstellung der Polizei, dem Blockadetraining folge eine Straftat, ist unzulässig. Die Polizei könne frühestens eingreifen, wenn in einer „Blockadeaktion“ Rechtsbrüche feststellbar seien.

Erstens dürfen Blockadetrainings als Akt der szenischen und mimischen Meinungsäußerung durch Ordnungsbehörden nicht verhindert werden. Zweitens müssen Veranstalter Ordner nicht benennen, um behördliche Auflagen durchzusetzen, das ist alleine Aufgabe der Polizei. Und drittens hat die Polizei kein Recht, die Personalien von Rednern oder Ordnern prophylaktisch vor dem Vorliegen einer vermuteten Straftat zu verlangen. Dieses Vorgehen ist einschüchternd und beeinträchtigt das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Der Kläger, Udo Beitzel, und seine Mitstreiter zeigten sich von diesem Urteil hocherfreut. Aber sie wiesen darauf hin, dass mit der Anerkennung von Blockadetrainings als öffentliches Bekennen und Aufrufen zu antifaschistischem Engagement Blockaden von Naziveranstaltungen selbst immer noch juristisch umstritten sind. Sie bleiben bei Ihrer Haltung, dass breites couragiertes gesellschaftliches Handeln erforderlich bleibt, wenn der Einfluss von Neonazis gemindert werden soll. Dieses Handeln schließt auch friedliche Blockaden von genehmigten Neonaziveranstaltungen ein, denn auch diese unterliegen dem grundgesetzlichen Schutz auf freie Meinungsäußerung.

Die nicht enden wollenden skandalösen Enthüllungen um die Mordbande des NSU bestärken Beitzel und die anderen: Die Repressionsorgane des Staates - Geheimdienste, Polizei, Bundeswehr - haben eine strukturelle Unfähigkeit an den Tag gelegt, Nazis als Gefährdung der Bevölkerung zu erkennen und zu bekämpfen. Als Gefangene ihrer eigenen Ideologie des „Extremismus“ konnten sie die besondere Gefährlichkeit von Nazis nicht erkennen. Einzig auf Antifaschistinnen und Antifaschisten war in den letzten Jahren Verlass, wenn es um die Zurückdrängung des Einflusses von Nazis ging. Eine Erfahrung, die die Kläger auch in Aachen gemacht haben. Während die Polizei die erwähnten Naziaufmärsche genehmigte und harmlose Blockadetrainings faktisch verbot, konnte sich die „Kameradschaft Aachener Land (KAL)“ zu einer veritablen Bedrohung entwickeln. Erst der Landesinnenminister hat dem einen ersten Riegel vorgeschoben, als er die Aachener Anfang des Jahres gezwungen hat, eine Sonderkommission „Rechts motivierte Kriminalität REMOK“ zu gründen und ihren Sitz sicherheitshalber nicht in das Aachener Polizeipräsidium sondern nach Stolberg verlegte. Das unlängst erfolgte Verbot der KAL hat nachträglich die politische und moralische Auffassung des Bündnisses „Stolberg 2011 - Den Naziaufmarsch gemeinsam blockieren!“ bestätigt.

Für den April 2013 sind bereits erneut Kundgebungen aus dem Umfeld der verbotenen KAL angemeldet. Beitzel ist zuversichtlich und glaubt, dass die Polizei und ihr Präsident Oelze aus den Schlappen der letzten Monate gelernt haben und diesen Kundgebungen keinen Schutz mehr gewähren werden.

Der Weg von den Auflagen bis hin zur Zurückweisung durch das OVG Münster war weit. Udo Beitzel bedankt sich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern und seinen Anwälten für ihre moralische und finanzielle Unterstützung, ohne die er die Kraft hin zu diesem wegweisenden Urteil kaum hätte aufbringen können.

für die VVN/BdA Aachen:
Detlef Peikert ■

Splitterpartei „Die Rechte“ wird zum Sammelbecken militanter Neonazis

Eigentlich ist es eine kaum bemerkenswerte Mitteilung, die die Partei „Die Rechte“ am Wochenende auf ihrer Webseite einstellte. Dort berichtet die Worch-Truppe, in Nordrhein-Westfalen habe sich ein Landesverband gegründet. Doch die Personen, die zukünftig im Vorstand der Gliederung sitzen werden, bieten einigen Sprengstoff. Einige von ihnen stammen aus den kürzlich verbotenen militanten Neonazi-Organisationen und waren zuvor selbst bei der NPD abgeblitzt.

Die von dem bekannten Neonazi Christian Worch gegründete Partei „Die Rechte“ fungiert als Nachlassverwalterin der gescheiterten DVU, auf deren Trümmern man ein neues Fundament errichtet habe. Ideologisch verortet sich die Organisation irgendwo zwischen der NPD, deren Radikalität nicht erreicht werde, und der „Pro-Bewegung“ bzw. den REP.

In ihrem Parteiprogramm weisen sich die Rechtsextremisten geradezu als demokratische Musterschüler aus. An prominenter Stelle, nämlich gleich als ersten Absatz, ist dort Folgendes zu lesen: „Die Partei DIE RECHTE bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlichdemokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist. Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die Partei DIE RECHTE oberstes Gebot.“

Doch die Realität ist eine andere. Die bislang kaum in Erscheinung getretene Splitterpartei entwickelt sich immer mehr zum Sammelbecken für militante Neonazis. Auf der „gut besuchten“ Gründungsveranstaltung sei am Samstag, den 15. September in Dortmund der nordrhein-westfälische Landesverband gegründet worden, schreibt die Partei auf ihrer Webseite, die von ihrem Stil wie ein Relikt der neunziger Jahre anmutet.

Zum Vorsitzenden wählten die Rechtsextremisten Dennis Giemsch, den ehemaligen Kopf der kürzlich wegen ihrer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und ihrer Nähe zur SA verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO). Der seit mehreren Jahren aktive Kader gilt als „Vater“ der besonders militanten Strömung der „Autonomen Nationalisten“ (AN) im Ruhrgebiet. Ihm wird nachgesagt, dass er im Internet mit einschlägigen Szeneartikeln handelt.

Bei der NPD hatte Giemsch gerüchtweise nicht landen können. Eine Aufnahmeantrag sei negativ beschieden worden, hieß es aus Parteikreisen. Giemsch hätte keinen Hehl daraus gemacht, nicht aus „Sympathie zur NPD, sondern aus anderen Beweggründen in die NPD eintreten zu wollen“. Der Wahrheitsgehalt dieser Meldung lässt sich rückblickend nicht verifizieren, ein Dementi der von Günther Hartwig (NPD-Direktkandidat zur Landtagswahl 2010) verbreiteten Aussage erfolgte umgehend durch den NPD-Vorsitzenden von Dortmund, Matthias Wächter. Sicher ist, dass die „Cause Giemsch“ für heftigen Streit innerhalb der Dortmunder NPD gesorgt hatte, berichtet der Blog „NRW rechtsaußen“.

Zwei weitere Vorstandmitglieder haben ihre Wurzeln ebenfalls tief im neonationalsozialistischen Milieu. Michael Brück, wie Giemsch NWDO-Aktivist, übernimmt den Part des Vizechefs. Um „juristische Belange“ soll sich der Student der Rechtswissenschaft, Sascha Krolzig, kümmern. Auch Krolzig ist bestens bekannt: Er gilt als Führungsfigur der „Kameradschaft Hamm“, die ebenfalls im August durch das nordrhein-westfälische Innenministerium verboten worden war.

Dort wurde die Gründung des Landesverbandes aufmerksam registriert, bestätigte ein Ministeriumssprecher END-STATION RECHTS.

In seiner Verbotsverfügung hatte Innenminister Ralf Jäger untersagt, Ersatzorganisationen zu schaffen. Die Situation ist allerdings juristisch heikel, zumal „Die Rechte“ durch das Parteienprivileg geschützt sei. Derzeit werde geprüft, welche rechtlichen Mittel zur Verfügung stünden, hieß es aus dem Ministerium. Nach eigener Aussage sieht die Worch-Truppe dieser Überprüfung gelassen entgegen.

Unterdessen wurde ebenfalls bekannt, dass auch die in Nordrhein-Westfalen weitgehend bedeutungslose NPD ihren Strukturaufbau vorantreibt. Anfang September sei in Gelsenkirchen ein Stadtverband gegründet worden, teilte sie auf der Webseite ihres Landesverbandes mit. Trotzdem bleibt fraglich, ob die Splitterpartei damit ihre politische Schlagkraft im Ruhrgebiet wird erhöhen können. Auf ihre Konkurrenz hat die NPD indes nicht reagiert.

Bereits Anfang September deutete einiges auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Worchs Partei und den regionalen Kameradschaften hin. Überraschend kam diese Entwicklung keineswegs, unterhielt der Neonazi doch bereits lange gute Kontakte in den Ruhrpott. Eine letztendlich doch nicht durchgeführte Demonstration sollte nach dem Verbot der drei Kameradschaften durch „Die Rechte“ veranstaltet werden, berichtete der Blick nach Rechts. Im Übrigen ist die „Die Rechte“ nicht die erste Partei, bei der Worch mitmischt: Er war ebenso Spitzenkader der „Nationalen Liste“, die 1995 verboten wurde.

Damit hätte man die behördlichen Maßnahmen gegen eine solche Kundgebung erschwert, denn „Die Rechte“ konnte dank ihres Parteienstatus unter das schützende Dach des entsprechenden Gesetzes schlüpfen – obwohl der Bundeswahlleiter immer noch keine Unterlagen zu dieser Kleinstpartei veröffentlicht hat. Konkret beanstandet er zwei Formulierungen in der Satzung und der Schiedsgerichtsordnung der Rechtsextremisten.

Marc Brandstetter ■

PDF der „Motiv Rechts“ veröffentlicht

Berlin. Im Mai diesen Jahres brachte die Antifa Hohenschönhausen zusammen mit anderen Recherchegruppen die dritte Ausgabe der Recherche-Broschüre „Motiv Rechts“ heraus. Sie hatte das Berliner Neonazi-Netzwerk „NW-Berlin“ zum Thema. Inzwischen sind so gut wie alle der 2 500 Exemplare verteilt oder verschickt. Deshalb kann jetzt auf indymedia das vollständige PDF der Broschüre heruntergeladen werden. In der Broschüre wird der personelle Zusammenhang, der sowohl für die Aktivitäten des Netzwerks als auch für deren Internetseite verantwortlich ist, beleuchtet und eine Verbindung zur Berliner NPD gezogen. Im zweiten Teil des Heftes wird anhand von Texten von „NW-Berlin“ deren inhaltliche Positionierung zum Nationalsozialismus, zu Eugenik, zu Wirtschaftpolitik und Genderfragen diskutiert. Das zivilgesellschaftliche Lichtenberger Bündnis erstellte auf Basis der Broschüre eine dreiteilige mobile Ausstellung.

Webseite der „Antifa Hohenschönhausen“:
http://www.ah.antifa.de

Bündnisaufruf:

Verfassungsschutz auflösen! Rassismus bekämpfen!

Demonstration am 10. November 2012 in Köln-Chorweiler

Das Bündnis „Verfassungsschutz auflösen!“ ruft für den 10.11.2012 unter dem Motto „Verfassungsschutz auflösen – Rassismus bekämpfen!“ zu einer Demonstration in Köln-Chorweiler vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) auf.

Vor einem Jahr wurde bekannt, dass die NaziterroristInnen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sieben Jahre lang unter den Augen der Sicherheitsbehörden zehn Menschen ermorden und zwei Sprengstoffanschläge verüben konnten. Jahrelang leugnete die Polizei die rassistischen Hintergründe der Morde und machte die Opfer auch noch zu Tätern, indem sie in Richtung organisierter „Ausländer-Kriminalität“ ermittelte. Eine Angehörige eines Opfers musste neunmal als Verdächtige bei der Polizei erscheinen, andere wurden monatelang von verdeckten ErmittlerInnen ausgespäht.

Die Ermittler und Ermittlerinnen gaben der Sonderkommission den Namen „Soko-Bosporus“, von den Medien wurde der Begriff „Döner-Morde“ geprägt und verbreitet. Beide Ausdrücke stellen rassistische Stereotype dar, mit denen die Gewalttaten verharmlost und die Opfer herabgewürdigt werden. Diese sind nur Beispiele für einen alltäglichen institutionalisierten Rassismus, dem Menschen in Deutschland ausgesetzt werden.

Rassismus steckt nicht nur in der Gesetzgebung dieses Landes, auch das Personal macht keinen Hehl daraus, wo seine Sympathien liegen. Verschiedene Ebenen in den Verfassungsschutzämtern hatten nicht nur von den Taten des rechtsterroristischen Trios Kenntnis, sondern unterstützten das Umfeld des NSU zudem mit bezahlten V-Männern und -Frauen, von denen eine/r die NaziterroristInnen mit Sprengstoff belieferte. Mehrmals hatten die Behörden Hinweise auf die Aufenthaltsorte der zur Fahndung ausgeschriebenen TerroristInnen – und handelten nicht!

Nach Bekanntwerden der Taten des NSU wurde zudem eine erschreckende Politik der Verschleierung losgetreten: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequente Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte Rücktritte von Verantwortlichen.

Man will uns weismachen, dass eine Serie von Pannen die Ermittlung der Behörden behinderte. Tatsächlich hat die Öffentlichkeit in diesem Fall einen Einblick in die skandalöse alltägliche Arbeitsweise der Geheimbehörden bekommen: Sammeln von Informationen und taktisches Unterdrücken oder Weiterleiten derselben. Individuelle Seilschaften innerhalb und zwischen den Behörden steuern nach Gutdünken den Umgang mit Informationen.

Rechte Gesinnung hat beim VS Kontinuität: Gegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler und Widerständlerinnen aus dem Dritten Reich erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den sechziger Jahren bekämpfte er die Studentenbewegung, in den siebziger und achtziger Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker AktivistInnen. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen von V-Männern/-Frauen und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war.

Deshalb: Auf nach Köln. Hauptsitz des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes MAD und die Stadt, in der zwei Bombenanschläge des NSU stattfanden.

Für die Offenlegung aller Informationen bezüglich VS/NSU und der Unterstützung von Neonazis durch den Verfassungsschutz und andere Geheimdienste!

Für einen Untersuchungsausschuss, in dem alle Menschen dieser Gesellschaft durch VertreterInnen ihres Vertrauens Zugang zu allen Informationen haben!

- Gegen Rassismus und Ausgrenzung
- Solidarität mit den NSU-Opfern und ihren Angehörigen! Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen.
- Verfassungsschutz auflösen –
- Geheimdienste abschaffen!

www.vs-aufloesen.de

Wer den Aufruf unterstützen will schickt eine Email mit dem Betreff „Unterstützen“ an

vs-aufloesen@riseup.net

VERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN!
RASSISMUS BEKÄMPFEN!

Demonstration am 10. November 2012 in Köln-Chorweiler

Die Vorbereitung einer Demonstration kostet Geld. Daher freuen wir uns über Spenden:

Spendenkonto
Inhaber: VVN Köln
Konto-Nr. 1130469000
BLZ 37010111 (Santander Bank)
Stichwort: auflösen

NSU-Untersuchungsausschuss Bayern:

Jetzt ist konstruktive Zusammenarbeit gefragt

Die Grünen im Bayerischen Landtag haben begrüßt, dass der NSU-Untersuchungsausschuss endlich mit der Aufklärung beginnt. „Allerdings ist der Start etwas mühsam, denn aller Input kommt bisher von der Opposition“, erklärt Susanna Tausendfreund, grünes Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss. „CSU und FDP verhalten sich eher passiv und abwartend und wollen sich auf die Befragung einer Sachverständigen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich noch nicht einlassen.“

Alle Beweisanträge der Opposition wurden angenommen. Darin werden Akten über eine Reihe Personen angefordert, die aufgrund ihrer Nähe zum NSU in Erscheinung getreten sind. „Ebenso wollen wir Informationen über in Bayern stationierte Soldaten, die vom MAD befragt wurden, weil sie durch rechtsextremistische Aktivitäten aufgefallen waren.“

In den nächsten Sitzungen werden die personellen Übereinstimmungen des NSU-Trios und bayerischer Neo-Nazis durchleuchtet, um mögliche Helferstrukturen aufzudecken. „Außerdem wollen wir Licht in die geheimdienstliche ‚Operation Rennsteig‘ bringen. Ich hoffe, dass die zusätzlichen Informationen zu einem Gesamtbild der gewaltbereiten Neo-Naziszene in Bayern und den Verbindungen zum NSU und dessen Umfeld beitragen, da wir bisher nur Puzzleteile aneinanderfügen konnten“, so Susanna Tausendfreund. „Ich erwarte von den Regierungsfraktionen in Zukunft mehr Engagement bei der Aufklärung, damit wir schneller vorankommen.“

www.gruene-fraktion-bayern.de
aus Lokalberichte München ■

4. Regionalkonferenz gegen Rechts - Schlusserklärung

Am Samstag den 29. September tagten auf der 4. Regionalkonferenz gegen Rechts, in der VHS Aachen, MitgliederInnen von Initiativen gegen Rechts, Antifa-Gruppen, Mandatsträger und engagierte Menschen aus der Region, unter dem Motto: Aktiv gegen Rechts - Gemeinsam: diskutieren, informieren, handeln.

Die Konferenz :

Die Besonderheit unserer Regionalkonferenzen ist das Zusammenwirken der verschiedenen Gruppen, Parteien und Organisationen mit den Bürgermeistern und Mandatsträgern der Region.

Auch in diesem Jahr kam wieder eine quantitativ und qualitativ beeindruckende Zahl von Unterstützern der Konferenz zusammen. Das zeigt, dass - bei allen Unterschieden in Tagesfragen - das Gemeinsame unseres Mottos „Aktiv gegen Rechts“ überwiegt. In dieser Frage lassen wir uns nicht auseinander dividieren.

Grußworte der Bürgermeister und der Volkshochschule Aachen, in deren Räumen die Konferenz stattfand, eröffneten die Tagung. Die Konferenz diskutierte am Vormittag einen Vortrag von Dr. Rolf Gössner über die Verstrickung von Geheimdiensten und Neonazis. Die Diskussionsleitung lag in Händen des DGB-Vorsitzenden Ralf Wölk.

Mittags informierten sich die ungefähr 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Infotischen. Nachmittags fanden 5 Arbeitskreise zu den Themen „Migranten und Deutsche gemeinsam gegen Nazis“, „Fußball in Aachen und rechte Randale“, „Jugendorganisationen gemeinsam gegen Rechts“ und lokale Geschichtsarbeit über „Widerstand im Rheinland“ statt. Ein weiterer Arbeitskreis beschäftigte sich mit den Strukturen extrem rechter Organisationen in der Region.

Erklärung:

Die 4. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ findet statt in einer Zeit, in der einerseits die neonazistische „Kameradschaft Aachener Land“

(KAL) endlich verboten wurde, andererseits die Arbeit von Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden heftiger und berechtigter Kritik unterzogen wird.

Unsere letzte Konferenz in Herzogenrath forderte in ihrer Schlusserklärung das Verbot der KAL und die Einleitung des überfälligen NPD Verbots. Dem aktuellen Verbot der KAL ging eine beispiellose kriminelle Tätigkeit der Neonazis in der Region voraus. Jahrelang konnten die Neonazis in der Region ihren Hass verbreiten, nur behindert von unserem andauernden Protest. Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste waren ineffektiv und haben Nazistrukturen durch das System bezahlter Spitzel mehr befördert, als ihnen geschadet. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse auf Bund- und Länderebene zeigt, dass unsere Befürchtungen in Bezug auf Verflechtungen der Geheimdienste mit der Naziszene berechtigt waren. Die angeblichen „Fehler“ der Geheimdienste haben Methode und diese Methode hat eine Geschichte, die in die Gründungsjahre dieser Organisationen zurückreicht. In den Strukturen dieser Institutionen und den Köpfen nicht weniger MitarbeiterInnen herrscht immer noch der Geist der 1950er Jahre, wonach der Feind links steht.

Die Konsequenzen aus dem medialen Desaster sind vor Abschluss der Arbeit der Untersuchungsausschüsse noch unklar. Einerseits stehen Vorschläge des Bundesinnenministers im Raum, die auf eine Zentralisierung der Geheimdienste hinauslaufen und das Trennungsgebot des Grundgesetzes zwischen Polizeiarbeit und Geheimdienstarbeit unterlaufen. Andererseits haben wir als Teil der Öffentlichkeit wenig Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft staatlicher Institutionen, den Neonazismus ernsthaft zu bekämpfen.

In den Medien wird fast täglich ein neuer Skandal („Fehler“?) über die Arbeit von Geheimdiensten und Strafverfolgungsbehörden bekannt. Wir erinnern daran, dass sich auch die lokalen Strafverfolgungsbehörden nicht mit Ruhm bekleckert haben. Das aggressive Vorgehen der Polizei gegen Nazigegner stand in keinem Verhältnis zur Gefahr durch die Naziaufmärsche. Wenige Straftaten der Nazis wurden aufgeklärt, noch weniger mussten die Nazis mit wirklichen Strafen rechnen. Diese Situation ändert sich langsam und hoffentlich nicht nur vorübergehend mit dem Einsatz zusätzlicher Kräfte aus dem Land NRW für die Polizeiarbeit vor Ort. Aber auch vor Ort gilt: es darf kein einfaches „Weiter so“ geben! Die politische Abteilung der Aachener Polizei muss strukturell und personell den tatsächlichen Gefahren angepasst werden.

Irgendjemand muss den Verantwortlichen sagen, dass die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts vorbei sind.

Das gilt auch für die aktuelle Debatte um Gewalt von Fußballfans am Tivoli. Nach jahrelanger Ignoranz gegenüber der Einflussnahme von Neonazis und Rassisten auf einen Teil der Fan-Szene kann nicht von heute auf morgen ein Tivoli ohne Rassismus geschaffen werden. Nicht hilfreich sind jedoch Versuche, die Opfer rechter Gewalt auf eine Stufe mit den Tätern zu stellen. Weder in der Gesellschaft noch am Tivoli akzeptieren wir die Forderung nach „Ruhe“, die angeblich erste Bürgerpflicht sei.

Nein, wir regen uns auf über jeden Rassismus und wir helfen den Opfern, sei es bei dem brutalen Überfall auf zwei Migrantinnen in Herzogenrath, sei es bei den regelmäßigen Angriffen von Teilen der Karlsbande auf Anhänger der Aachener Ultras.

Wir fordern nach den Erfahrungen der letzten Jahre, dass jeder Versuch der Neonazis, die KAL Strukturen weiterzuführen oder wieder zu beleben, unterbunden wird. Das gilt insbesondere für den Aufmarsch der Neonazis Anfang April jeden Jahres in Stolberg. Diese Aufmärsche wurden von der jetzt verbotenen KAL initiiert, beworben und organisiert Ein erneuter Nazi-Aufmarsch in Stolberg wäre also die Fortführung einer verbotenen Organisation.

Der jährliche Neo-Nazi-Spuk in Stolberg muss beendet werden!

Darauf werden wir unser Augenmerk richten. Aber egal, unter welchem Namen Neonazis und Rassisten öffentlich auftreten: Sie werden auf unseren Widerspruch und unseren Widerstand stoßen. Das Motto unserer

Konferenzen: „Diskutieren, informieren, gemeinsam handeln“ kann uns dabei helfen, einen langen Atem zu behalten.

Wir schlagen vor, die kommende Konferenz im Herbst 2013 in Stolberg durchzuführen.

Ralf Dallmann
VVN - BdA Kreisvereinigung Aachen
Web : www.aachen.vvn-bda.de ■

Marseille: Einwohner treiben Roma in die Flucht – Gefährlicher Präzedenzfall?

Am Wochenende flimmerten Bilder von verkohlten Besitztümern über die Fernsehbildschirme, am unteren Bildschirmrand erschien in kleiner Schrift der Städtename: Marseille. BesucherInnen aus dem Ausland fragten den Verfasser dieser Zeilen bereits bange, ob da ein Flugzeug abgestürzt sei. Nein: Die Aufnahmen von der erkalteten Asche stammten aus einem peripheren Stadtteil der französischen Mittelmeermetropole, wo Anwohner am Donnerstag Abend (den 27. September) in einer eigenmächtigen Aktion rund fünfzig Roma – die sich frisch angesiedelt hatten – vertrieben hatten. Daraufhin, „nach gelungener Aktion", steckte sie von ihnen zurückgelassenes Hab & Gut in Brand. Dabei handelte es sich um Matratzen und, allem Anschein nach, um elektrische Haushaltsgeräte. Diese waren von ihren vormaligen Nutzern zurückgelassen; in welchem Zustand ist nicht ganz klar, anscheinend wurden sie aber zuvor noch genutzt.

Der genaue Hergang der Ereignisse ist bislang noch im Unklaren. Zumal es kein polizeiliches Ermittlungsverfahren gibt, eher im Gegenteil: Die örtlichen Polizeikräfte scheinen der Szene beigewohnt zu haben, ohne gegen die „wütenden Anwohner" vorzugehen, sondern haben im Gegenteil deren Abzug begleitet. Die Präfektur – das ungefähre Pendant zu einem deutschen Polizeipräsidium, das auch die Ausländerämter und anderen Behörden unter sich hätte – von Marseille erklärte beruhigend: Es gebe keine Strafanzeigen und keinen Kläger. „Bislang haben wir nur verbrannten Müll auf fünf Quadratmetern Fläche." Da keine Straftaten festgestellt worden seien, habe man die handelnden Personen abziehen lassen.

Brandstiftung ist aber auf jeden Fall eine Straftat, auch nach französischem Recht. Tatsächlich ist es offenkundig nicht zu Gewalt gegen Personen gekommen, ebenso wenig wie zum Anzünden noch bewohnter Unterkünfte – wohl aber zu Drohungen, die zur Vertreibung einer Gruppe von Roma mit 40 Erwachsenen und fünfzehn Kindern führten. Diese hatten sich vier Tage zuvor, am 23. September, auf einer Brachfläche am Rande der Cité des Cré-neaux, eines randständigen Stadtteils von Marseille, niedergelassen. Dort waren kurz zuvor drei vormalige Wohngebäude abgerissen worden, ein viertes harrte seiner bevorstehenden Zerstörung. Die frei gewordene Fläche diente den Roma zur Niederlassung.

Ein Teil der Einwohner der Siedlung – oft mit Migrationshintergrund, meist nordafrikanischem – war offenkundig mit der eigenen Aussiedlung aus dem Stadtteil nicht einverstanden. Und so drückte sich eine gewisse Form von Sozialneid gegen noch Schwächere aus, nach dem Motto: „Wir durften nicht bleiben, warum sollten Andere sich da einfach so ansiedeln dürfen?" Die eher als „sozial schwach" zu charakterisierenden Einwohner fühlen sich chronisch von Staatsmacht und Stadt Marseille vernachlässigt. Nun wurden die neu hinzu gekommenen Roma zu ihrer Zielscheibe. Ersten Presseberichten zufolge echauffierten sich die Anwohner über Einbrüche , die begangen worden seien – was natürlich möglich ist, nur scheint der Zusammenhang zwischen ihnen und der erst vier Tage zurückliegenden Ansiedlung der Roma etwas konstruiert, wenn nicht ins Reich der Fantasmen gehörend. Eine Gruppe von dreißig bis fünfzig Anwohnern ging demzufolge mit den Roma diskutieren, um ihnen klar zu machen, dass es nicht zu Straftaten kommen dürfte, wobei Jugendliche aus der Gruppe aber schnell unkontrolliert (verbal) aggressiv geworden seien. Die Roma hätten es „vorgezogen", so berichtet etwa die Regionalzeitung *La Provence*, den Ort des Geschehens zu verlassen, und dabei einige Gegenstände zurückgelassen. Diese waren es, die daraufhin angezündet wurden.

Eine alles in allem eher bedenkliche Rolle spielt dabei die sozialdemokratische Senatorin (d.h. Abgeordnete im parlamentarischen Oberhaus) und Bürgermeisterin des 15. und 16. Marseiller Arrondissements , Samia Ghali. Die Mandatsträgerin erklärte zu den jüngsten Handlungen von Anwohnern des Roma-Camps: „Ich verurteile es nicht, ich heiße es nicht gut, aber ich verstehe es."[1] So etwas komme nun eben einmal davon, dass die Staatsmacht sich nicht um die Sorgen der Leute kümmere.

Hingegen reagierte der konservativ-wirtschaftsliberale Regierende Bürgermeister von Marseille, Jean-Claude Gaudin (UMP), in scharfen Worten: Es komme nicht in Frage, dass Leute daran gehen, „Milizen zu bilden und die Probleme der öffentlichen Ordnung selbst regeln wollen". Zwar scheint der Ausdruck „Milizenformierung" im derzeitigen Stadium mehr als übertrieben: Noch (?) befindet die Sache sich nicht in einem Stadium wie in Italien, wo regelmäßig rechte „Bürgerwehren" patrouillieren und Roma-Camps attackieren und dabei auch nicht vor Personenschäden zurückschrecken. Aber eine potenziell gefährliche Keimzelle wurde angelegt, und das (schlechte) Beispiel könnte Schule machen.

Tatsächlich muss jeglicher Gefahr von Selbstjustiz, vor allem wenn es sich gegen bereits hinreichend stigmatisierte „ethnische Minderheiten" richtet, entschieden und schon im Ansatz der Riegel vorgeschoben werden. Dem UMP-Politiker Gaudin geht es dabei allerdings zuvörderst auch um das Ansehen „seiner" Stadt, das durch solche Eindrücke ramponiert werde – Jean-Claude Gaudin erklärte sich entsetzt über den Eindruck, den solche Aktionen hinterließen: „Marseille ist eine Stadt, wo man arbeitet, wo man spazieren geht, wo die Polizei überall hinkommt. Der Medienzirkus muss aufhören!"[2] – und um den Vorrang für die polizeiliche Kontrolle statt eigenmächtigen Handelns. Der amtierende Bürgermeister brüstete sich und seine Stadtverwaltung mit folgender Bilanz: „Wir hatten vor einigen Monaten noch 60 Roma-Camps in der Stadt, und ohne Lärm zu veranstalten, haben wir ihre Anzahl auf 25 reduziert." Da die darin lebenden Menschen sich jedoch nicht in Luft aufgelöst haben, befinden sie sich eben permanent auf der Suche nach neuen Plätzen zur Niederlassung – und nach vorausgehender Stigmatisierung vervielfacht dies die Konfliktstellen und Reibungsflächen mit den Anwohnern.

Gaudin kritisierte ferner seine sozialdemokratische politische Rivalin Samia Ghali, die beabsichtigt, im März 2014 für den Marseiller Bürgermeistersessel (also gegen ihn als Amtsinhaber) zu kandidieren: Durch ihre „unbedachten Äußerungen" seit Ende August habe sie eine bestimmte Anzahl von Einwohnern auf die Idee gebracht, dass sie auf eigene Faust handeln könnten.

Tatsächlich hatte Ghali vor einigen Wochen eine Debatte darüber angestoßen, ob nicht in Marseille die Armee eingesetzt werden könne/müsse, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, nachdem es im August – zum wiederholten Male – in peripheren Stadtteilen zu Schusswechseln zwischen Drogendealerbanden gekommen war[3]. Insgesamt kamen im Laufe des Jahres bis dahin im ganzen Stadtgebiet von Marseille 14 Menschen bei solchen „Abrechnungen" ums Leben. Das ist schlimm genug – rechtfertigt aber kein Gerede, das den Eindruck erweckt, die Stadt befinde sich im Kriegszustand.

Zum wiederholten Male in diesem Sommer/Frühherbst also tut Samia Ghali sich mit Äußerungen hervor, die inhaltlich ausgesprochen bedenklich sind. Dass Einwohner/innen in der Nähe der Schauplätze regelmäßiger Bandenkriminalität nach einem staatlichen Eingreifen dagegen rufen, ist nicht unverständlich – dass militärische Gewalt dagegen auf Dauer ein probates Hilfsmittel dagegen sein könnte, ist dagegen eine ziemlich wahnwitzige Idee. Würde die Armee einmalig mit Truppen durch die betroffenen Stadtteile ziehen, sähe dies zwar spektakulär aus, hätte jedoch längerfristig so gut wie keine Wirkung, auch wenn vielleicht einige Schusswaffen dabei

beschlagnahmt würden. Möchte eine Befürworterin militärischer „Problemlösung" also ehrlich sein, müsste sie dazu sagen, ob sie sich für eine dauerhaftere Besatzung als angebliche Krisenlösung ausspricht oder nicht.

Dass Samia Ghali als Einwanderertochter auf erhebliche politische Widerstände auch in ihrer eigenen („Sozialistischen") Partei stößt, die ihrer gewünschten Nominierung als Spitzenkandidatin bei der Kommunalwahl im März 2014 entgegen stehen, ist sicherlich eine bittere Realität. Aber mit solchen irrwitzigen Profilierungsversuchen – Befürwortung eines Armeeeinsatzes gestern, Quasi-Rechtfertigung von rassistisch aufgeladener Selbstjustiz heute.. – zu arbeiten, ist (um mit einem französischen stehenden Ausdruck zu sagen) „ein Heilmittel, das schlimmer sein könnte als das Übel selbst".

Unterdessen demonstrierten am vergangenen Samstag, den 29. September vor dem Rathaus von Lille rund 700 Personen gegen die behördliche Ansiedlung eines Roma-Camps in Cysoing, in der Nähe der nordfranzösischen Regionalhauptstadt. Diese war vormals offiziell geplant worden, doch der Plan wurde inzwischen bereits aufgegeben. Hinter vordergründig technischen Argumenten – etwa dem, das Gelände sei verseucht und für eine solche Ansiedlung nicht geeignet – hörte die Regionalpresse schnell auch rassistische Anfeindungen heraus.[4]

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. u.a. http://www.lexpress.fr/actualite/ societe/fait-divers/marseille-polemique-apres-l-expulsion-d-un-camp-de-roms-par-les-riverains_1167887.html?xtmc=marseille_roms&xtcr=1
2 Vgl. U.a. http://www.lemonde.fr/societe/article/2012/09/29/polemique-a-marseille-apres-l-evacuation-d-un-camp-rom-par-des-habitants_1767690_3224.html
3 Vgl. dazu http://www.trend.infopartisan.net/trd0912/t150912.html, untere Hälfte des Artikels.
4 vgl. etwa http://www.nordeclair.fr/Actualite/2012/09/30/roms-une-manif-contre-qui-en-fait.shtml

Front National und UMP-Vorsitzkandidat Jean-François Copé wetteifern im Rassismus miteinander

Marine Le Pen fordert Verbot von Kopftuch und Kippa, Copé versucht mit Tiraden gegen „antiweißen Rassismus" zu punkten

In den aufgeheizten internationalen Kontext, rund um den Anfang September d.J. bekannt gewordenen Anti-Islam-Hassfilm „The innocence of muslims", intervenierte die französische linksliberale Wochenzeitung *Charlie Hebdo* ab dem 19. September. Die ursprünglich einmal linksradikale, vorwiegend antiklerikale Satirezeitung publizierte – zum zweiten Mal nach Februar 2006, inmitten des damaligen „(Mohammed-)Karikaturenstreits" und November 2011, versuchte sich zum dritten Mal mit dem Abdruck von Karikaturen des islamischen Propheten zu profilieren. (Ausführlicheres dazu siehe unter http://www.trend.info-partisan.net/trd0912/t530912.html)

Demagogische Unterstützung aus politischem Interesse heraus erfuhr *Charlie Hebdo* am Freitag, den 21. September 12 von eher unerwarteter Seite. Die rechtsextreme Politikerin und Parteichefin des Front National, Marine Le Pen, erklärte in einem, durch *Le Monde* publizierten längeren Interview: „Ich bin keine Anhängerin von Charlie Hebdo." Aber sie schwang sich in den darauffolgenden Sätzen zur angeblichen Verteidigerin der Meinungsfreiheit auf, die bedroht sei, „weil wir immer weiter gegenüber den Fundamentalisten nachgeben". Und sie benutzte die Gelegenheit zu einer ihr eigenen politischen Zuspitzung, um das Verbot von muslimischem Kopftuch und jüdischer Kippa gleichermaßen im öffentlichen Raum zu fordern.

Dieser Vorstoß dominierte die Presseberichterstattung über die Sommeruniversität des Front National (FN), die am Wochenende des 22./23. September im westfranzösischen Badeort La Baule stattfand. Dabei relativierte Marine Le Pen ihre Kritik an den religiösen Symbolen insofern etwas, als sie versuchte, ihre Verbotsforderung stärker einseitig gegen Muslime zuzuspitzen: „Die Kippa stellt in unserem Land heute kein Problem dar", erklärte sie gegenüber der Presse, aber im aktuellen Kontext fordere sie „unsere jüdischen Landsleute dazu auf, ein Opfer zu bringen", um eben in erster Linie die sichtbaren Symbole der moslemischen Religion aus dem öffentlichen Leben verbannen zu können. Ähnlich äußerte sich zuvor der seit Juni d.J. frischgebackene FN-Abgeordnete (ohne Mitgliedschaft bei der rechtsextreme Partei) Gilbert Collard, der erklärte, persönlich „mit der Kippa kein Problem zu haben".

In ihrer einstündigen Rede in La Baule vom Sonntag, den 23. September – die auch von Fernsehsendern live übertragen wurde – antwortete Marine Le Pen dann auf Kritiker wie den sozialdemokratischen Erziehungsminister Vincent Peillon, welcher die rechtsextreme Politikerin als „Integristin (d.h. Fundamentalistin) des Laizismus" bezeichnet habe. Ironisch erklärte sie dazu, nachdem sie ausführlich gegen muslimische Fundamentalisten gewettert hatte: „Na, dann bin ich eben eine Integristin. Zumindest bin ich integer!"

Eine jüngste Umfrage zum Thema ‚Islamkritik' ergibt übrigens ein kontrastreiches Bild. Die französische Gesellschaft ist demzufolge in zwei ungefähr gleich große Hälften gespalten, was ihre Einstellung zur Veröffentlichung der Karikaturen durch *Charlie Hebdo* betrifft (51 % dafür, 47 % dagegen, wobei das Resultat in einem solchen Fall sicherlich von der Formulierung der Frage mit abhängt und insofern stark variieren könnte). Am stärksten fällt die Zustimmung zum Abdruck der Mohammed-Karikaturen demnach in der Wählerschaft des rechtsextremen Front National aus – dort äußern sich demnach 76 % zustimmend -, am zweitstärksten jedoch in der Anhängerschaft des Linkspolitikers Jean-Luc Mélenchon (64 %). Die Beweggründe und Motive dafür sind natürlich denkbar unterschiedlich: Links geht es um Antiklerikalismus, auf der extremen Rechten dagegen möchte man es vor allem den Moslems mal tüchtig zeigen. (Vgl. zu den Umfrageergebnissen http://actu.orange.fr/une/les-francais-tres-partages-sur-la-publications-des-caricatures-selon-un-sondage-afp_1089066.html)

Dies belegt freilich anschaulich, auf welch vermintem Terrain sich diese Debatte abspielt…

Unterdessen versucht einer der beiden designierten Kandidatenfür den Vorsitz der konservativ-wirtschaftsliberalen vormaligen Regierungspartei UMP, Jean-François Copé, selbst zu den mit Rassismus zusammenhängenden Themenfeldern in die Offensive zu kommen. In einem diese Woche publizierten Buch kritisiert er in scharfen Worten einen ‚racisme anti-blanc' (ungefähr: „Rassismus gegen Weiße"), der sich in bestimmten Stadtteilen und so genannten sozialen Brennpunkten immer mehr breit mache. Marine Le Pen warf ihm in einem Wortspiel ein ‚Copé-Coller' (von Copier-Coller, für „Copy and Paste" respektive „Ausschneiden – Einfügen") gegenüber dem Diskurs des vor.

Der sozialdemokratische Bildungsminister Vincent Peillon wiederum erklärte öffentlich, man müsse sich nun klar den Sieg des – gemäßigter auftretenden – früheren Premierministers François Fillon bei der Abstimmung der Mitglieder über den künftigen Parteivorsitzenden wünschen.

Diese scheinbare Präferenz des politischen Gegners für Fillon, welcher bislang in den Umfragen gegenüber Copé in Führung liegt, dürfte Letzterer freilich in sein Kalkül einbezogen haben.

Fortsetzung dazu folgt…

Bernhard Schmid, Paris ■

Bundesratsantrag zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Hannover. Nachdem vorige Woche bereits die Landesregierung Schleswig-Holsteins beschlossen hatte, im Bundesrat einen Antrag zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetztes (AsylbLG) zu stellen, hat sich gestern auch die rheinland-pfälzische Regierung entschlossen, die Initiative zu unterstützen. Heute soll auch im brandenburgischen Landtag ein entsprechender Antrag, eingebracht von SPD, den Linken und den Grünen, verabschiedet werden. Der Bundesratsantrag folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.12, wonach die Leistungen nach dem AsylbLG an das Hartz 4-Niveau angepasst werden müssen.

Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass die Unterstützung für Flüchtlinge in die Sozialsysteme des Bundes eingegliedert und ein entsprechendes Gesetz vom Bundestag verabschiedet wird.

Die Höhe der Leistungen soll sich dabei an den von den Bundesländern im August ausgehandelten Sätzen orientieren.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 26.9.2012 ■

Stadt schlägt Verbesserungen für Asylbewerber vor

Mannheim. In einer Beschlussvorlage schlägt die Verwaltung vor, „die bislang als Sachleistungen über den Point-Store gewährten Hilfen für Flüchtlinge baldmöglichst auf Geldleistungen umzustellen“. Des Weiteren schlägt sie vor: „für Personen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist und die eine Duldung haben, den Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften gestatten, sofern das Land Baden-Württemberg hierzu die erforderlichen Mittel bereit stellt.“

Der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialausschuss des Gemeinderates wird sich nach Redaktionsschluss mit dieser Vorlage (V489/2012) befassen.

Seit Jahren kritisieren die Flüchtlingsinitiativen, DIE LINKE und die Grünen die Missstände, die durch diese Vorlage abgebaut werden sollen. Woher auf einmal der Sinneswandel? Eine wichtige Rolle spielt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.2012 über die Verfassungswidrigkeit von Teilen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Seit 1.8.12 gilt eine Übergangsregelung bis zur Umsetzung der vom BVG dem Gesetzgeber aufgetragenen Änderungen.

Das Landesministerium für Integration hat zur Durchführung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes neue Anwendungshinweise erarbeitet. Demnach sollen die Sachleistungen in Barleistungen umgewandelt werden können. Die Stadt Mannheim greift dies ebenso auf wie die Möglichkeit, dass AsylbewerberInnen mit Duldung die Sammelunterkünfte verlassen und in „normalen Wohnungen“ leben können. Allerdings muss das Land erst die zugesagten Mittel zur Verfügung stellen.

Von der Sachleistungsregelung über den von der Caritas seit 1999 betriebenen „Point-store“ sind gegenwärtig 362 Personen betroffen. Von der Neuregelung bezüglich der Unterkunft können (theoretisch) 202 Personen Gebrauch machen. Die Umsetzung werde jedoch noch dauern, da in diesem Umfang kein geeigneter (also billiger) Wohnraum zur Verfügung stehe und man eine örtlich konzentrierte Unterbringung vermeiden wolle. Vortritt sollen zunächst die Familien mit Kindern haben.

Diese Verwaltungsvorlage ist ein wichtiger Schritt, um AsylbewerberInnen ein Leben unter menschenwürdigen Bedingungen zu ermöglichen.

Dass die Verwaltung nun auf Basis der Vorgaben des Landes diesen Schritt unternimmt, liegt mit Sicherheit auch an den zahlreichen Vorstößen im Gemeinderat zu diesem Thema. So stehen auf der Tagesordnung des Sozialausschusses vier Anträge zum Thema: Gudrun Kuch fordert eine Besichtigung der Asylbewerberunterkunft durch den Gemeinderat und fragt, warum die Stelle des „Asylbeauftragten“ der Verwaltung vor Jahren gestrichen worden sei. Die Grünen fragen nach dem Mietvertrag für die Asylbewerberunterkunft und wann und wie dieser zu ändern wäre. DIE LINKE fordert in ihrem Antrag einen „Runden Tisch Asylbewerberunterkunft“ mit dem Ziel, diese und das Sachleistungsprinzip abzuschaffen. Ein Teil dieser Anliegen wäre durch die Verwaltungsvorlage erfüllt.

Thomas Trüper ■

Arbeitgeber fordern Abschaffung der Vorrangprüfung

Nach Ausführungen des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) sollen Asylbewerber einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Als Grund wird „der wachsenden Fachkräftelücke im ländlichen Raum“ genannt. Die „Vorrangprüfung“ wird im Besonderen kritisiert. Vorrangprüfung bedeutet: Asylbewerber dürfen nur dann eine Arbeit annehmen, wenn sich kein deutscher Bewerber für diese Arbeit findet.

Der NRW-Geschäftsführer des BVMW, nennt die Vorrangprüfung „unfair“. Sie entspreche nicht den heutigen Gegebenheiten. „In der Zeit, in der Unternehmen und Arbeitsagenturen die ärgerlichen Formalitäten der Vorrangprüfung abarbeiten, könnten Menschen, die in Deutschland Asyl gefunden haben, auf ihre Qualifikationen hin geprüft und mit lokalen Unternehmern in Kontakt gebracht werden. Bislang finden gerade einmal knapp vier Prozent der Asylbewerber in Deutschland einen Job“, so eine weitere Aussage.

Nach Einschätzung des Verbandes gehöre auch die Residenzpflicht für Asylbewerber ausgesetzt.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 11.9.2012 ■

Gemeinsames Europäisches Asylsystem:

Der Innenausschuss des Europaparlaments hat am 19.9. über zentrale Teile des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems abgestimmt. Er hat sowohl dem mit dem Rat ausgehandelten Kompromiss zur Dublin-Verordnung zugestimmt als auch der Aufnahmerichtlinie, die gemeinsame europäische Standards für die Aufnahme von Asylbwerberinnen und -bewerbern festlegt. Die Grünen haben gegen die Aufnahmerichtlinie gestimmt und sich bei der Dublin-Verordnung enthalten.

Ska Keller, asyl- und migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament, kommentiert:

„Von den Plänen für ein gemeinsames Europäisches Asylsystem ist praktisch nichts übrig geblieben. Das ist ein Armutszeugnis für die Europäische Union. Die Aufnahmerichtlinie führt zu entscheidenden Verschlechterungen. Asylbewerberinnen und -bewerber können künftig nach EU-Recht aus allen möglichen Gründen inhaftiert werden.

Auch die geschlossene Unterbringung in Gefängnissen ist erlaubt. Damit werden Menschen, die in Europa Schutz suchen, faktisch wie Straftäter behandelt.

Auch bei der Dublin-Verordnung haben die Mitgliedsstaaten alle entscheidenden Verbesserungen abgeblockt. Die Dublin-Verordnung war die Chance auf eine gerechtere, faire Verteilung der Asylbewerberinnen und -bewerber in Europa, auch im Interesse der Flüchtlinge selbst. Davon ist nichts übrig geblieben. Es gibt aber ein paar schwache Zugeständnisse für Asylbewerber und -bewerberinnen. Deshalb haben wir nicht komplett dagegen gestimmt.

Auf eine solche Art gemeinsamer europäischer Standards können wir Grünen verzichten. Wir wollen ein starkes europäisches Asylsystem und kein Abschreckungssystem.“

Pressemitteilung Press Service of the Greens/EFA Group in the European Parliament,- Brüssel, 19. September 2012 ■

S.O.S Flüchtlinge: Retten statt abwehren!

Auf der Flucht vor Unterdrückung, Gewaltkonflikten und Armut sind allein im Jahr 2011 über 1500 Menschen im Mittelmeer umgekommen. Europas Abschot-

tungspolitik ist dafür mitverantwortlich. Die Staaten an den EU-Außengrenzen sind gemäß der Dublin II-Verordnung für den überwiegenden Teil der Asylverfahren zuständig. Viele von ihnen nehmen ihre Zuständigkeit jedoch nicht wahr.

So ließ Italien über Jahre hinweg Bootsflüchtlinge abfangen oder schickte sie ohne Prüfung ihres Schutzbegehrens nach Libyen zurück, wo ihnen Haft und Folter drohten. Auch in diesem Jahr vereinbarte Italien ein Abkommen mit dem nordafrikanischen Land, das diese Praxis ermöglicht. „Die italienische Regierung setzt Flüchtlinge damit der Gefahr schwerster Menschenrechtsverletzungen aus. Sie muss unverzüglich alle Abkommen zur Einwanderungskontrolle mit Libyen kündigen“, fordert Wolfgang Grenz, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland.

Malta verzögert die Rettung von Flüchtlingen in Seenot. In Griechenland wird Flüchtlingen der Zugang zu einem fairen Asylverfahren systematisch verwehrt. Gleichzeitig riegelt es seine Landgrenzen zur Türkei ab, wo aktuell tausende syrische Flüchtlinge ankommen. „Europa muss Flüchtlinge schützen, nicht seine Grenzen“, fordert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

Insbesondere im Umgang mit syrischen Flüchtlingen klaffen Reden und Handeln deutscher Politiker auseinander. Mit dem um sechs Monate verlängerten Abschiebungsstopp gibt es so keine Rechtssicherheit für diese Flüchtlinge: Duldungen in Deutschland sind angesichts der andauernden dramatischen Menschenrechtslage in Syrien unangemessen.

Amnesty International und PRO ASYL begrüßen die deutsche Teilnahme am Resettlement-Programm des UNHCR. Sie fordern jedoch, dass Deutschland erheblich mehr Menschen aufnehmen sollte. Bislang sind bis 2014 nur 300 Resettlement-Plätze pro Jahr vorgesehen. Allein für 2012 werden jedoch weltweit noch etwa 100000 Plätze benötigt.

Pressemitteilung zum bundesweiten Flüchtlingstag 2012 Amnesty International – PRO ASYL, 26. September 2012 ■

Demo: Kein Knast für Flucht!

Die EU plant mit der Neufassung der EU-Aufnahmerichtlinie (die eine einheitliche Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der EU sicherstellen soll) eine massive Ausweitung der Gründe, weshalb Flüchtlinge inhaftiert werden können. Es werden dann Flüchtlinge gleich bei der Einreise mit willkürlichen Begründungen inhaftiert werden können. Was derzeit in manchen Ländern wie Malta, Ungarn und Griechenland Praxis ist, soll durch die EU-Richtlinie legitimiert werden. Flüchtlinge können dann z. B. zur Feststellung der Identität, zur „Beweissicherung“, aus Gründen der Sicherheit und Ordnung, wegen der Gefahr des Untertauchens oder auch nur wegen verspäteter Asylantragstellung in Haft genommen werden

Noch im Herbst soll die Richtlinie im EU-Parlament verabschiedet werden. Dagegen regen sich Proteste. Pro Asyl hat bereits seit einiger Zeit über die Pläne zur Verschärfung der Inhaftierung von Flüchtlingen aufgeklärt und die Kampagne „Schlüssel nach Brüssel“ ins Leben gerufen. (http://www.flucht-ist-kein-verbrechen.de/).

In Hannover wird am 6. Oktober eine Demonstration gegen die Ausweitung der Inhaftierung von Asylsuchenden und Flüchtlingen und grundsätzlich gegen Abschiebehaft stattfinden. Unter dem Motto „Kein Knast für Flucht! – Für die Bewegungsfreiheit aller Menschen“ ruft der Flüchtlingsrat Niedersachsen zusammen mit anderen Organisationen wie dem antirassistischen Plenum Hannover, der German Sudaneese Association for Development, Femquara und der Kooperative Flüchtlingssolidarität zu den Protesten auf.

Erstmals soll die Demonstration auch durch den Flughafen Hannover gehen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Refugee Protestmarsch durch Leipzig

Leipzig. Der „Refugee Protest March“ erreichte nach über 300 gelaufenen Kilometern am Montag den 24. September Leipzig. Bei einem ersten Besuch im Flüchtlingslager Grünau teilten die Protestierenden den dortigen BewohnerInnen ihre zentralen Anliegen mit: Abschaffung der Residenzpflicht, Abschiebestopp, Abschaffung der Lager – und ermutigten sie, sich ihnen anzuschließen. Am Dienstag gaben die Protestierenden bei strahlendem Sonnenschein eine Pressekonferenz am Karl-Heine-Platz, um danach mit zahlreicher Unterstützung auf einer Demonstration durch Leipzig zu ziehen. „Die Residenzpflicht ist für uns nicht akzeptabel und wir werden mit jedem Schritt dieses Gesetz durchbrechen.“ Die 50 Protestierenden, denen sich nun auch Flüchtlinge aus Halle und Leipzig anschlossen, erneuerten ihre Forderungen lautstark zusammen mit mindestens 400 UnterstützerInnen. Auf etwa zehn Kilometern skandierten Streikende und Unterstützende ihre Forderungen nach Bewegungsfreiheit und Bleiberecht entgegen, verteilten Tausende Flugblätter und machten unter anderem vor dem Neuen Rathaus Stopp, um Redebeiträge zu verlesen. Der symbolische Platz vor dem Neuen Rathaus wurde energisch eingenommen und Statuen erklommen, um Transparente gut sichtbar zu platzieren.

An diesem Ortwurde nur einige Monate zuvor beschlossen Flüchtlinge, zwar in kleineren, aber weiterhin in Lagern unterzubringen.

Auf der zweiten Hälfte der Demonstration zogen die Streikenden in den Osten der Stadt. Dort kam auf einer weiteren Kundgebung ein streikender Leipziger Flüchtling zu Wort, der die Marschteilnehmenden begrüßte und seine Unterstützung betonte.

Nur einmal tauchten am Rande der Demonstration zwei Nazigestalten auf, die mit lautstarker Antipathie bedacht und schnell von ihren FreundInnen in Uniform in Schutz genommen wurden. Der Aufruf der NPD nach „kreativem Widerstand“ gegen den Protestmarsch verhallte in Leipzig und wurde von einer sehr breiten Unterstützung übertönt.

Die nächsten Tage wird der Protestmarsch durchs provinzielle Nordsachsen und das auch nicht viel bessere Sachsen-Anhalt ziehen. Eine breite Unterstützung des Protestmarschs wird auch dort benötigt – es bleibt wichtig den Marsch zu begleiten.

Alle Flüchtlinge, AntirassistInnen und AntifaschistInnen sind aufgerufen, dies zu tun!

www.grenzenlos.antira.info
www.refugeetentaction.net ■

Weltkindertag 2012 – EU will Abschiebungshaft für Flüchtlingskinder

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September kritisiert PRO ASYL, dass aktuell auf EU-Ebene kinderfeindliche Regelungen eingeführt werden sollen, die massiv in die Rechte von Flüchtlingskindern eingreifen. Im zuständigen Ausschuss des Europaparlaments (LIBE-Ausschuss) wurden gestern zwei wichtige Neuregelungen des EU-Asylrechts abgestimmt: Die EU-Aufnahmerichtlinie, die die sozialen Aufnahmebedingungen für Asylsuchende regelt, und die Dublin-II-Verordnung, die die Aufteilung der Zuständigkeit für Asylverfahren zwischen den Mitgliedstaaten regelt.

Nach der neuen Aufnahme-Richtlinie soll erstmals auf EU-Ebene die Inhaftierung von minderjährigen Flüchtlingen erlaubt werden. Die Kommission hatte sich für ein Verbot der Inhaftierung von Flüchtlingskindern eingesetzt. Allerdings ist dies an der Blockade unter anderem der Bundesregierung gescheitert, die letztlich auch das Europaparlament zum Einknicken gebracht hat. PRO ASYL hält es für unvereinbar mit dem Kindeswohl, minderjährige Flüchtlinge in Abschiebungshaft zu nehmen. Ein Gefängnis ist kein Ort für ein – nicht selten von der Flucht traumatisiertes – Kind. Es ist eine menschenrechtliche Bankrotterklärung der EU, dass selbst bei Minderjährigen nicht vor der Inhaftierung Halt gemacht wird.

Die Neufassung der Dublin-II-Verordnung enthält ebenfalls Regelungen, die mit dem Kindeswohl unvereinbar sind. So ist weiterhin vorgesehen, dass unbegleitete minderjährige Asylsuchende in den für sie zuständigen Staat abgeschoben werden können. Flüchtlingsorganisationen fordern seit langem, dass es keine Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen im Rahmen des Dublin-Systems geben darf. Dublin-Abschiebungen sind in Deutschland in der Praxis der einzige Anwendungsfall, in dem Abschiebungshaft und Abschiebungen noch an unbegleiteten Minderjährigen vollzogen werden.

Nach der Abstimmung im LIBE-Ausschuss steht nun die Verabschiedung im Plenum des Europaparlaments an. PRO ASYL appelliert an die Abgeordneten, den geplanten Verschärfungen nicht zuzustimmen. *Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 20. September 2012* ■

Abschiebungshaft: Große Anfrage der LINKEN

Berlin. DIE LINKE. im Bundestag (Ulla Jelpke u.a.) hat eine Große Anfrage zur Umsetzung der Abschiebungsrichtlinie der EU und zur Praxis der Abschiebungshaft in Deutschland gestellt. Nunmehr liegt die umfangreiche Antwort (über 200 Seiten! 17/10597)) der Bundesregierung auf die Große Anfrage vor.Die Initiatorin der Großen Anfrage, Ulla Jelpke, kommentiert: „Die Inhaftierung von Kindern allein ist schon ein Skandal. Dass die Hälfte der 60 inhaftierten Minderjährigen 2011 sogar länger als zwei Wochen inhaftiert waren, ist nicht mit dem Kindeswohl vereinbar.“. Die Abgeordnete weiter: „Für über 25 Prozent der Inhaftierten dauert die Abschiebehaft länger als sechs Wochen. Das hat mit einem vermeintlichen Vollzug von Verwaltungsmaßnahmen, nämlich der Abschiebung, nichts mehr zu tun, sondern trägt reinen Bestrafungscharakter.

Skandalös ist auch die Inhaftierung von Asylsuchenden, die im Rahmen der Zuständigkeitsregelungen der Dublin-Verordnung zur Prüfung ihres Asylantrags in einen anderen EU-Staat abgeschoben werden sollen. In vielen Fällen führt das dazu, dass die Betroffenen wochenlang in Haft sind, noch bevor sie überhaupt ein ordnungsgemäßes Asylverfahren durchlaufen konnten. Das ist mit dem internationalen Flüchtlingsrecht nicht zu vereinbaren. Bei der Neuverhandlung der Dublin-Verordnung auf EU-Ebene muss der Inhaftierung von Schutzsuchenden endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

DIE LINKE hält an ihrer Forderung nach Abschaffung der Abschiebungshaft fest. Die Zahlen zeigen: Hier wird ein brutales Zwangssystem mit viel Geld aufrecht erhalten. Das Geld sollte besser dafür verwandt werden, Alternativen zu Abschiebungen und Abschiebungshaft zu finden!“

Die umfangreichen länderspezifischen Angaben und Zahlen zur Praxis der Abschiebungshaft können sicherlich als gute Ansatzpunkte für die weitere politische und parlamentarische Arbeit vor Ort dienen! ... Auch wenn der Umfang der Abschiebungshaft in den letzten Jahren leicht rückläufig ist: Der Skandal der Abschiebungshaft an sich ist damit noch lange nicht beendet! *Thomas Hohlfeld*
Referent für Migration und Integration
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ■

Lautstark für Bewegungsfreiheit

Büren. Bei strahlendem Sonnenschein demonstrierten am Samstag (8.9.) etwa 200 Menschen auf dem Marktplatz in Büren gegen die Abschiebung von Asylbewerbern und deren Inhaftierung in der JVA Büren. Aufgerufen hatten mehrere Initiativen aus Ostwestfalen. Nach dem Demonstrationszug fuhren die Teilnehmer mit Autos und Bussen zum Abschiebegefängnis, gegen das sich der Protest richtete. Kritik übten die Demonstranten nicht nur an der Abschiebehaft, sondern darüber hinaus an den vielfältigen Beeinträchtigungen, denen Asylbewerber in Deutschland ausgesetzt sind. Rex Osa, ein Aktivist der Flüchtlingsselbstorganisation The Voice Forum geißelte in einer kämpferischen Rede die sogenannte Residenzpflicht, ein Gesetz, das es Asylsuchenden verbietet, ein festgelegtes Gebiet zu verlassen, und beschwor die Einheit der Kämpfe von Flüchtlingen und deren Unterstützern.

Hagen Kopp von „kein mensch ist illegal“ skizzierte in seinem Redebeitrag die Einbettung der deutschen Flüchtlingspolitik in den europäischen Rahmen. Er kritisierte insbesondere die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX, die regelrecht Jagd auf Flüchtlinge mache, und forderte das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Frank Gockel, Sprecher des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V., forderte die Politik auf, endlich aktiv zu werden und die Abschiebehaft abzuschaffen. Während es aus anderen Bundesländern ermutigende Zeichen in dieser Richtung gebe, seien der Landesregierung in NRW die Abschiebehäftlinge wohl egal. Er schilderte nochmal eindringlich den Alltag der Häftlinge, die lediglich eingesperrt werden, um einen Verwaltungsakt, nämlich die Abschiebung, zu erleichtern, und erinnerte an den 1999 in der JVA Büren verstorbenen Rashid Sbaai.

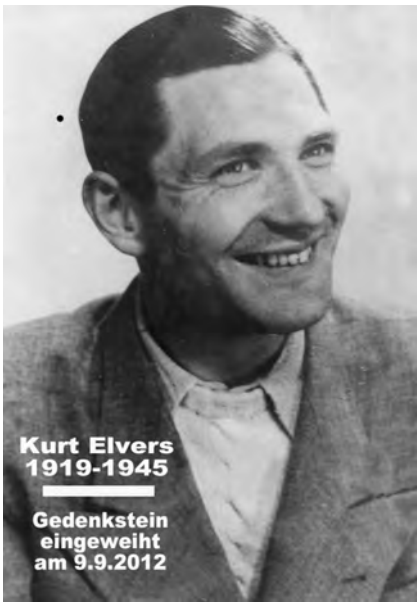
Anschließend brachen die gut gelaunten und entschlossenen Demonstranten zu einem Demonstrationszug durch Büren zum alten Bahnhof auf. Mit Transparenten und Sprechchören machten sie auf ihre Anliegen aufmerksam und erinnerten daran, dass sich der Rat der Stadt Büren vor nun fast 20 Jahren für die Einrichtung eines Gefängnisses im Bürener Wald ausgesprochen habe. Zu einer Abschlusskundgebung fuhren die Teilnehmer dann gemeinsam vor die JVA Büren-Stöckerbusch. Dort wurden Grußworte in verschiedenen Sprachen verlesen, die den inhaftierten Menschen Hoffnung und Mut geben sollten. Eine Aktivistin des Transnationalen Aktionsbündnisses Dortmund wies auf die besonderen Schwierigkeiten von Frauen in Abschiebehaft hin. Seitdem Ende 2011 mit der JVA Neuss das einzige deutsche Frauenabschiebegefängnis geschlossen worden ist, sind in Büren auch Migrantinnen inhaftiert. „Die drohende Abschiebung ist existenzgefährdend, sie traumatisiert die Frauen unter Umständen erneut, setzt sie erneuter Verfolgung aus und zwingt sie in Elendsverhältnisse“, so die Sprecherin.

Nicht zuletzt stellten die Protestierer einen Zusammenhang her zwischen den verschiedenen Kämpfen für die Rechte von Flüchtlingen und Migrantinnen in Deutschland. Sie übermittelten der gleichzeitig in Ingelheim (Rheinland-Pfalz) stattfindenden Demonstration gegen die dortige Abschiebehaftanstalt eine Solidaritätsadresse und wiesen darauf hin, dass ein Protestmarsch von streikenden Flüchtlingen von Würzburg nach Berlin auch in Büren Station machen wird. Sie machten damit deutlich: diese Protestaktion wird nicht die letzte gewesen sein.

Quelle: http://schlussdamit.blogsport.de/ 12. September 2012 ■

Erinnerung an ehemaligen Wehrmachtsdeserteur Kurt Elvers am Denkmaltag

Der Kunststudent Kurt Elvers war kurz vor Kriegsende wegen „Wehrkraftzersetzung“ in Hamburg-Höltigbaum im Alter von 25 Jahren hingerichtet worden. Nun wurde ein Gedenkstein auf dem Ehrenfeld in Ohlsdorf eingeweiht.



Kurt Elvers war 1944 wegen nazikritischer Äußerungen von Kommilitonen denunziert, vor einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und wenige Wochen vor Kriegsende am Höltigbaum hingerichtet worden.

Seit Jahren suchte der bei Köln lebende Historiker Dr. Hans Hesse, der den Fall von Elvers publik gemacht hatte und ein Buch über dessen Geschichte geschrieben hat (Hans Hesse, „Bis zur Narbe“) nach Angehörigen und nach einem Foto des Studenten. Einige Tage vor der Veranstaltung hatte die Mopo auf seine Bitte hin sogar einen Aufruf nach einem Foto veröffentlicht. Erfolglos. Niemand wusste, wie der mutige Kunststudent Kurt Elvers, der wegen seiner nazikritischen Äußerungen denunziert und von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, eigentlich aussah.

Da die Liegefrist für den Familiengrabstein der Elvers‘ abgelaufen war, hatte sich die Geschwister-Scholl-Stiftung bereit erklärt, für Kurt Elvers einen Kissenstein auf ihrem Ehrenfeld in Ohlsdorf zu errichten. Und dieser Stein, ein Ersatzgrab für Kurt Elvers, wurde am Denkmaltag am 9. September eingeweiht. Knapp 60 Leute waren gekommen.

Als die Veranstaltung auf dem Ehrenfeld gerade beginnen wollte, stellte sich ein alter Mann bei uns vor. Er sah und hörte sehr schwer und konnte nur mit Unterstützung seiner beiden Töchter einige Schritte laufen. Er sei, sagte er, ein Jugendfreund von Kurt Elvers. Heinz-Günther Lange, so hieß der Gast, kramte aus seinem Beutel ein gerahmtes Fotoporträt von Elvers hervor und erzählte nun am Mikrofon einige Episoden aus der gemeinsamen Jugendzeit. Es waren kleine Begebenheiten, mit denen Herr Lange uns seinen Freund nahe zu bringen versuchte. Gemeinsam haben sie in Eppendorf vor dem zweiten Weltkrieg Fahrräder repariert, Bilder gemalt und verbotenen Jazz gehört. Als viele der 60 Anwesenden Nelken auf das neue Grab für Elvers legten, sah man dem alten Mann seine innere Bewegung an, er war den Tränen nahe.

Eine kommentierte Fotostrecke von dieser Veranstaltung haben wir veröffentlicht unter www.niqel.de/deserteur/elvers12.htm

René Senenko, Willi-Bredel-Gesellschaft und „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: Holger Deilke, U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

BILDUNGSZENTRUM HVHS HUSTEDT e. V.

„Lokale Strategien und Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts“

Vernetzungstagung zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Bündnis- und Netzwerkarbeit gegen Rechts in Niedersachsen

26. – 27. Oktober 2012
Beginn: 19:00 Uhr

DGB REGION NORDOST-NIEDERSACHSEN

Anmeldung bis 15.10. über:
Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt e.V., Zur Jägerei 81, 29229 Celle
Tel: 05086 9897-0, Fax: 05086 989777
E-Mail: info@hvhs-hustedt.de
Internet: www.hvhs-hustedt.de

Neofaschismus und Krise Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Journalismus

Samstag, 3. November,
10 bis 18 Uhr, Universität Siegen,
Adolf-Reichwein-Str. 2 in Siegen

Am 3. November findet eine Tagung „Neofaschismus und Krise“ der VVN-BdA NRW und Siegerland-Wittgenstein sowie der Marx-Engels-Stiftung in Siegen statt. Referieren werden
Manfred Weißbecker, Die Weltwirtschaftskrise und ihr faschismusfördernder Widerhall im Parteienwesen der Weimarer Republik
Herbert Schui, Wollt Ihr den totalen Markt? – Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus und Neoliberalismus
Ulla Jelpke, Der Zusammenhang von Rechtsterrorismus und Demokratieabbau
Jürgen Lloyd. Querfront und Sozialismusdemagogie
Markus Bernhardt, Rechtsterroristische Angriffspotentiale

Anmeldungen über:
Marx-Engels-Stiftung@t-online.de

Rechtsextremistische Vereinigung „Besseres Hannover“ verboten

HANNOVER. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat am 25. September 2012 die etwa 40 Mitglieder zählende Neonazi-Gruppe „Besseres Hannover“ verboten. Auch Nachfolgeorganisationen wurden verboten. Laut Aussagen des Innenministeriums ist die Gruppierung vereinsmäßig strukturiert. Dem Verbot waren Hausdurchsuchungen in mehreren Wohnungen von Mitgliedern „Besseres Hannover“ vorausgegangen. Dabei wurden Waffen, Computer und Propagandamaterial beschlagnahmt. Bei dem Propagandamaterial handelt es sich u.a. um Material der NPD. Das Innenministerium will Verbindungen zwischen „Besseres Hannover“ und NPD prüfen und sieht bei Feststellung einer Verbindung die Erhöhung einer Chance zu einem erneuten NPD-Verbotsverfahren.

In der Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ wird „Besseres Hannover als „die aktivste und wegen ihrer perfiden und öffentlichkeitswirksamen Auftritte als gefährlichste Neonazi-Kameradschaft in Niedersachsen“ bezeichnet.

Ausländerfeindlichkeit, Vorgehen gegen Gegner ihrer Propaganda und Aktionen, nächtliche Aufmärsche sowie die Gewinnung von Jugendlichen, durch die Verteilung einer Schülerzeitung, waren die Schwerpunkte von „Besseres Hannover“.

Innenminister Schünemann äußerte auf eine Anfrage DER LINKEN im Landtag: „Diese Gruppierung versucht mit ihrem Internetauftritt, ihren Publikationen und ihren Propagandaaktionen politisch noch nicht gefestigte Jugendliche anzusprechen und für sich zu gewinnen und darüber hinaus junge Menschen aufzuhetzen, um Fremdenhass, Angst und Unfrieden zu verbreiten.“

Zum Verbot erklärte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann:

„DIE LINKE hat seit Monaten ein entschiedeneres Vorgehen gegen diese aggressiv und militant agierende Nazigruppe gefordert und sich für ein Verbot ausgesprochen. Insofern ist die heutige Entscheidung als längst überfällig zu begrüßen und wird den Aktionsradius der Neonazis hoffentlich dauerhaft einschränken. Jetzt gilt es zu verhindern, dass die ehemaligen Mitglieder von ‚Besseres Hannover‘ ihre Aktivitäten in neu aufgebauten Parallelstrukturen fortsetzen.“ 1)

Kurz vor dem Verbot erklärte DIE LINKE in einer Pressemitteilung zu Nazi-Übergriffen in Hannover: „Wir fordern seit Monaten ein Verbot von ‚Besseres Hannover‘ Die Neonazi-Gruppe ‚Besseres Hannover‘ hat in den vergangenen Tagen erneut NazigegnerInnen bedroht und im Büro einer Landtagskandidatin neonazistische Hetzschriften verteilt. Dazu erklärt die innenpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Pia Zimmermann: „DIE LINKE fordert schon seit Monaten, dass ‚Besseres Hannover‘ verboten wird – die Gruppe fällt seit langem durch ständige Drohungen und Provokationen auf, und ich verstehe nicht, warum Innenminister Schünemann sie einfach so gewähren lässt. ‚Besseres Hannover‘ ist militant, rassistisch und nazistisch orientiert, und somit ohne Frage verfassungsfeindlich; sie zu verbieten, wäre juristisch kein Problem. Und die Zeit drängt: Das ewige Zögern ermöglicht es den Nazis, in aller Ruhe Parallelstrukturen aufzubauen, um ihr Treiben nach einem Schlag der Behörden unbeirrt fortzusetzen.“ 2)

Auch die SPD-Landtagsabgeordnete Sigrid Leuschner forderte seit langem das Verbot:

„Es darf doch nicht sein, dass in Hannover Menschen bedrängt und rechtsextremistische Parolen geduldet werden, ohne dass die Landesregierung etwas unternimmt“, heißt es in einer Mitteilung der Politikerin.

Und auch Bündnis90/Die Grünen forderten:

„Das Innenministerium muss jetzt zu erkennen geben, dass es ernsthaft ein Verbot dieser Gruppierung prüft“ und „zudem sei es wichtig, dass die Sicherheitsbehörden in Niedersachsen endlich ein Gesamtkonzept zum Schutz der Menschen vorlegten, die sich gegen rechte Übergriffe einsetzen.“

Auf der Internetseite der Nationalen Sozialisten Rostock wird vor weiteren Verboten gewarnt: „Heute Früh stürmten Polizisten 20 Wohnungen in Hannover und Bückeburg. Betroffen sind mutmaßliche Mitglieder der Gruppe “Besseres Hannover”, welche mit dem heutigen Tag als kriminelle Vereinigung verboten ist. Die Verbotsverfügung beträgt 60 Seiten. Damit steigt die Zahl der in diesem Jahr verbotene “Vereine” auf 6.“ Weiter ist in dem Beitrag zu lesen: „Nach etlichen Verboten, bspw. der Spreelichter, oder dem Nationalen Widerstand Dortmund und dem Sperren von Internetseiten, wie etwa Altermedia, müssen außerdem neue strategische Wege in Erwägung gezogen werden. Bleibt neben einem möglichen Strategiewechsel die Frage, wen das BRD-Verbotsspiel als Nächsten trifft. Dem geneigten Aktivisten sei demnach ans Herz gelegt, sich ein paar Minuten zu nehmen und in seinen eigenen vier Wänden klar Schiff zu machen.“ 3)

In einem Kommentar in der taz bewertet Andreas Speit das Verbot: „„Sollen sie doch alles verbieten! Ein Verbot von Besseres Hannover ist nur ein weiterer Beweis für die Niedertracht der Demokraten‘, schreibt der verbotene Verein auf seiner Website und verspricht weiterzumachen. Auf Twitter verkündet er: ‚Wir bleiben unbequem!‘ Es ist das gängige Zuversichtsgetöse, der demonstrative Heroismus nach einem Verbot. In der rechten Szene versuchen sich die Betroffenen von staatlichen Maßnahmen unerschüttert zu geben. Sie wollen so den Eindruck erwecken, dass Verbote nichts bewirken würden.

Doch dem ist nicht so: Die personellen Netzwerke werden aufgemischt, die informellen Beziehungen erschwert. Keine Kameradschaft, kein Verein, die dies neben dem Verlust von Technik und Material nicht nachhaltig beeinträchtigt. Selbst wenn nun aus der Szene Solidaritätsaktionen erfolgen, sollte die Wirkung nicht unterschätzt werden. Die Selbstsicherheit, mit der Mitglieder von ‚Besseres Hannover‘ Menschen angriffen, Veranstaltungen störten und Propagandaaktionen durchführten, dürfte erschüttert sein.“ 4)

bee ■

1) http://www.dielinke-nds.de 25.09.2012
2)Pressemitteilung Die Linke im Nds. Landtag 21.09.2012
3) http://info-rostock.org
4) http://www.taz.de/Kommentar-Verbot-des-Vereins-Besseres-Hannover/!102379/

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507